

zeitschrift

für

sozialökonomie

- Die fatale Rolle des Zinses im gegenwärtigen Wirtschaftssystem 3
- Bedürfnisse, Werte und Normen im Wandel . . . 31
- Aufbruch zu neuen Qualitäten 40
- Institutionalismus und Freiwirtschaft 42
- Buchbesprechungen 44

61. Folge

21. Jahrgang

Mai 1984

mensch · technik · gesellschaft

mtg

Die fatale Rolle des Zinses im gegenwärtigen Wirtschaftssystem

Übersicht

- 1 Leihen und Verleihen
 - 1.1 ... in einer Naturalwirtschaft
 - 1.2 ... in einer Geldwirtschaft
- 2 Verleihen gegen Zinsbelohnung
 - 2.1 ... bei Waren
 - 2.2 ... und beim Geld
 - 2.3 Geldverleih durch Banken
 - 2.4 Wer zahlt im Endeffekt die Bankaufschläge?
- 3 Sonstige Aspekte
 - 3.1 Verteidigung des Zinses durch die Wirtschaftswissenschaften
 - 3.2 Bestimmung der Zinshöhen
 - 3.3 Geld- und Sachkapitalzins
- 4 Fatale Auswirkungen der Zinsen auf Wirtschaft und Gesellschaft
 - 4.1 Zinsanteile in Preisen/Preisverteuerung durch Zins
 - 4.1.1 Konkrete Beispiele für Zinsanteile
 - 4.1.2 Akkumulation der Zinsanteile
 - 4.1.3 Durchschnittlicher Zinsanteil in den Preisen
 - 4.2 Einkommensumschichtung durch den Zins
 - 4.2.1 Aufschlüsselung der Zinslasten und -erträge
 - 4.2.2 Verschiebungen der Einkommen
 - 4.3 Sonstige Auswirkungen und Fakten
 - 4.3.1 Relationen zwischen Lohn- und Zinserhöhungen
 - 4.3.2 Auswirkung der Zinsentwicklung auf die Wirtschaftskrisen
 - 4.4 Auswirkungen der Zinsen auf das Wirtschaftswachstum
 - 4.4.1 Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik
 - 4.4.2 Was sind die Gründe dieses überzogenen Wachstums?
 - 4.5 Probleme der Verschuldung und Verschuldungszunahme
 - 4.5.1 Verschuldung der Entwicklungsländer
 - 4.5.2 Verschuldungsentwicklung in der Bundesrepublik

- 5 Änderung der Geldordnung
 - 5.1 Geld und Geldmengenvermehrung
 - 5.2 Umlaufsicherung des Geldes
 - 5.3 Leihen und Verleihen in der nachkapitalistischen Wirtschaft

1 Leihen und Verleihen

1.1 ... in einer Naturalwirtschaft

Wenn ein Bäcker von einem anderen 100 Pfund Mehl ausleiht und dem Verleiher die gleiche Menge nach einer abgesprochenen Zeit zurückgibt, hat keiner von beiden einen Schaden, sondern beide haben einen Nutzen von dem Leihvorgang gehabt: der Leihnehmer konnte einen Engpaß überbrücken und seine Kunden mit dem nachgefragten Brot versorgen. Dem Verleiher wurde das Mehl nicht alt und er bekommt, nach der vereinbarten Zeit, die gleiche Menge frischen Mehls zurück.

1.2 ... in einer Geldwirtschaft

Nicht anders ist es beim Geldverleihen. Auch hier hat der Verleiher momentan zuviel davon (sonst könnte und würde er es nicht verleihen) und der Leihnehmer momentan zu wenig (sonst würde er sich kein Geld ausleihen).

Zwar altert und verdirbt das Geld nicht wie das Mehl, trotzdem ist auch dieser Leihvorgang zu beider Nutzen: der Leihnehmer kann mit dem Geliehenen etwas erwerben, wofür er sonst erst hätte länger arbeiten und sparen müssen. Dem Verleiher wird der eigene Leistungsabsatz und die Kaufkraft seines Marktanspruchs erhalten.

Dies resultiert aus folgenden Zusammenhängen: Der Verleiher hat normalerweise mehr an Leistung in den Wirtschaftskreislauf eingebracht, als er selbst im Augenblick als Käufer nachfragt. Daraus entsteht der Überschuß an Geld, den er an einen anderen verleihen kann. Der Leihnehmer sorgt nun seinerseits dafür, daß der Leistungsüberschuß des Verleihers, direkt oder indirekt, im Wirtschaftskreislauf nachgefragt wird. Der Leihnehmer tritt also gewissermaßen stellvertretend für den Verleiher als Käufer auf dem Markt auf. Mit dieser stellvertretenden Markträumung durch Dritte behält der Verleiher auch weiterhin die Möglichkeit zum Absatz seiner überhöhten Leistung.

Mit dieser leihweisen Geldüberlassung werden aber nicht nur Marktangebot und -nachfrage im

Gleichgewicht gehalten, sondern auch die Geldkaufkraft, da bei stabiler, ausgeglichener Konjunktur auch der Preisindex stabil bleibt.

Da sich Leihverleiher also wechselseitig einen Dienst erweisen, gibt es sachlich keinen Grund, einen der beiden auf Kosten des anderen zu belohnen.

2 Verleihen gegen Zinsbelohnung

2.1 ... bei Waren

Wenn unser leihender Bäcker für die 100 geliehenen Pfund Mehl nach Leihfristablauf 105 Pfund zurückgeben müßte, dann würde der Verleiher ohne Leistung um 5 Pfund reicher und der Leihverleiher um die gleichen 5 Pfund ärmer sein.

Da der Leihverleiher sich die 100 Pfund jedoch zum Brotbacken für seine Kunden geliehen hatte, wird er diese zusätzlichen Kosten im Normalfall auch an dieselben weitergeben. Je verbackenes Pfund Mehl müssen die Käufer also 5% mehr als bisher bezahlen. Damit ist unser Bäcker zwar den „Schwarzen Peter“ der Belastung los, dafür aber haben seine Kunden ihn. Sie müssen also – obwohl sie vom Leihvorgang nichts wissen – die Zeche bezahlen.

2.2 ... und beim Geld

Genauso ist es wiederum beim Geldverleihen: Verleiht jemand Geld gegen einen Zinsaufschlag von 5%, dann wird er ohne Leistung um diesen Aufpreis reicher und der Leihverleiher um die gleiche Größe ärmer – sofern er das Geliehene für sich privat gebraucht. Setzt er das geliehene Geld jedoch für einen Produktionsvorgang ein oder für eine Sache, die er an Dritte verleiht oder vermietet, dann wird er diesen Aufschlag wieder über die Preise bzw. über Pacht und Miete an die Käufer oder Nutzer weiterreichen. Für den Leihverleiher wird in diesem Fall der „Schwarze Peter Zinsaufschlag“ nur zu einem durchlaufenden Posten, den er an Dritte weitergibt. Diese müssen, wie bei unserem Brotbeispiel, den Zuschlag Zins bezahlen, ohne dafür eine zusätzliche Gegenleistung zu erhalten.

2.3 Geldverleih durch Banken

Schaltet man beim Geldverleihen einen Vermittler ein, dann muß man dessen Tätigkeit natürlich auch bezahlen.

Wer also Geld bei einer Bank ausleiht, muß nicht nur jene Zinsen tragen, die der Bankanleger erhält, sondern auch die anteiligen Kosten für das Personal der Bank, die Gebäude- und Einrichtungskosten usw. Diese Bank-Unkosten können nach der Größe der Kreditbeträge, den Kreditlaufzeiten und den gebotenen Sicherheiten selbstverständlich unterschiedlich sein. Auch konkurrieren die Banken bei

einem freien Geldmarkt miteinander mit möglichst hohen Zinsangeboten für die Geldanleger und mit niedrigen für die Kreditnehmer, soweit die eigenen Kosten das erlauben. Im Mittel liegt die Marge der Bank, die den Anlegerzinsen zugeschlagen wird, etwa bei zwei Prozent.

Dieser Bankaufschlag besteht also weitgehend aus sachbezogenen Kosten, die durch die Vermittlertätigkeit der Bank entstehen. Außerdem ist in dem Aufschlag ein Risikoanteil enthalten, sowie die Verzinsung des Eigenkapitals der Bank und ein geringerer, schwankender Gewinnanteil.

Der Zinssatz, den der Geldanleger bei der Bank erhält, ist im allgemeinen geringer als bei einem Direktverleih ohne Bankvermittlung. Dafür aber hat der Bankanleger weniger Arbeit und vor allem ein geringeres Risiko als bei einem Verleihvorgang in eigener Regie. Der Bankaufschlag für die Kreditvermittlung wird also nicht nur vom Kreditnehmer getragen, sondern zum Teil auch von dem Geldanleger.

Der kleine Geldanleger mit normalem Sparbuch kommt bei dem Verleihgeschäft am schlechtesten weg. Wenn er z.B. 4 Prozent an Zins erhält, dann bekommt derjenige, der sein Geld für längere Zeit festlegt, etwa 5 bis 6%. Wer über größere Summen verfügt, kann 7 oder 8% erhalten, und wer Millionenbeträge an die Bank gibt, kommt sogar auf 9 bis 10%. Die Großanleger erhalten also etwa das Doppelte des Zinses, den Sparbuchinhaber bekommen. Beim Kreditnehmen ist es umgekehrt. Hier müssen die Leihverleiher kleinerer Beträge (z.B. Konsumentenkreditnehmer) die höchsten Zinsen zahlen und die von Millionenbeträgen die geringsten.

Diese Unterschiede in den Bank-Zinssätzen sind jedoch nicht willkürlich, sondern sachbedingt. Der Arbeits- und Buchungsaufwand ist bei kleineren Beträgen kaum geringer als bei größeren. Auch das Risiko, das von den Banken in den Zinsaufschlag mit eingerechnet wird, kann bei kleinen Krediten höher als bei großen sein.

2.4 Wer zahlt im Endeffekt die Bankaufschläge?

Mit den bankbezogenen Kosten ist es nicht anders als mit den Zinsen:

Wer bei einer Bank Kredit aufnimmt, muß neben diesen Zinsen für den Sparer oder Geldanleger auch die Bankaufschläge begleichen. Nimmt er den Kredit für private Zwecke auf, z.B. für den Kauf eines privat genutzten Wagens, zum Kauf von Konsumartikeln oder als Hypothek fürs Eigenheim, dann muß er diese Kosten in voller Höhe selber tragen.

Setzt er den Kredit aber im Bereich der Wirtschaft ein – ganz gleich ob als Produzent von Gütern, als Dienstleistender oder Wohnungsvermieter – dann

gibt er im Normalfall die vollen Kosten des Kredits über die Preise, Honorare oder Mieten an die Endverbraucher weiter, und damit auch den Bankaufschlag.

So wie die Mehrwertsteuer sind also in allen Preisen, die wir für irgendeine Leistung zahlen, Zinsen und Bankkosten enthalten. Sie fließen vom Endverbraucher über die Kreditnehmer an die Banken, und von diesen – um den Bankaufschlag gekürzt – an die Bankanleger.

3 Sonstige Aspekte

3.1 Verteidigung des Zinses durch die Wirtschaftswissenschaften

Das Verleihen von Geld gegen Zins wurde in der antiken Philosophie scharf verurteilt. Im Mittelalter war es gemäß kanonischem Recht verboten.

ARISTOTELES und Thomas von AQUIN lieferten jeweils die Begründung für diese Haltung. Sie änderte sich – zumal sich das Zinsverbot in der Praxis als unwirksam erwies – mit CALVIN, bis schließlich der klassische Liberalismus den Zins ohne Vorbehalte positiv bewertete. Seitdem haben die Wirtschaftswissenschaften den Zins gegen alle möglichen Einwände verteidigt und zu seiner Rechtfertigung wohl über einhundert Zinstheorien aufgestellt.

Die Diskussionen über das Für und Wider des Zinses sind seit langem zu Ende. Nach allgemein anerkannter Auffassung gilt der Zins heute als legitimer Preis des Geldes, also als ein für die Lenkung der Wirtschaft notwendiger Knappheitsindikator.

3.2 Bestimmung der Zinshöhen

Die Höhe des Zinses – der „Preis des Geldes“ – wird nach herrschender Auffassung auf einem freien Geld- und Kreditmarkt von Angebot und Nachfrage bestimmt. Wird viel Geld angeboten oder wenig nachgefragt, fällt der Zins; ist Geld knapp oder die Kreditnachfrage groß, steigt der Zinssatz in die Höhe.

Abgesehen von diesen Marktmechanismen, wird die Höhe der Zinsen aber auch noch von anderen Kriterien oder Gegebenheiten beeinflusst. So z.B. in inflationären Zeiten durch den jeweiligen Inflationsatz, der sozusagen den „Sockel“ darstellt, auf den sich die eigentliche Zinsberechnung aufbaut. Je höher die Inflation ist, umso größer ist im allgemeinen auch der gesamte Zins, der für Kredite bezahlt werden muß und der bei kreditfinanzierten Investitionen zum Ansatz kommt.

Außer diesen sich sozusagen „selber regulierenden“ Zinsfaktoren wird der Zinssatz heute häufig auch auf administrative, manipulative oder spekulative Weise beeinflusst.

Von einem administrativen Eingriff in die Zinsentwicklung kann man z.B. reden, wenn die Notenbanken durch Änderungen der Geldmenge oder der Diskont- und Lombardsätze in die Zinsentwicklung eingreifen.

Von manipulativer Beeinflussung kann gesprochen werden, wenn Notenbanken dies nicht geldmarktbezogen tun, sondern – wie z.B. 1978/79 in den USA – um durch hohe Zinsversprechen den Kurs der eigenen Währung in die Höhe zu treiben.

Von spekulativer Zinsbeeinflussung schließlich kann gesprochen werden, wenn große Kapitalbesitzer oder Banken durch künstliche Verknappung der Kredite für einen Anstieg der Zinsen sorgen. Ebenfalls ist von spekulativer Zinsbeeinflussung zu reden, wenn das Großkapital über Politiker und Regierungen Einfluß auf die Ausgaben für Rüstung oder andere Großtechnologien nimmt. Dies führt nicht nur in der Wirtschaft zu einem Anstieg der Kreditnachfrage, sondern – durch die damit meist verbundenen höheren Staatsausgaben – auch noch zu einem erhöhten Kreditbedarf des Staates, was die Zinsen zusätzlich in die Höhe treibt.

3.3 Geld- und Sachkapitalzins

In einer Wirtschafts- und Währungsordnung, die dem Geldverleiher einen Zins zubilligt, wird natürlich auch derjenige einen Zins beanspruchen, der sein eigenes Geld in ein wirtschaftlich genutztes Objekt investiert. Denn wer sein Geld von der Bank abhebt, um z.B. ein Produktionsunternehmen zu eröffnen, wird sich nicht schlechter stehen wollen als zuvor. Er wird also das eingesetzte Eigenkapital zumindest ebenso verzinst sehen wollen wie vorher bei der Bank.

Da diese Investition des Geldes mit mehr Arbeitsaufwand und größerem Risiko verbunden ist als eine Bankanlage, wird er sogar im allgemeinen eine höhere Zinsbelohnung erwarten und in die Kalkulation einsetzen, als er bei der Bank für längerfristige Einlagen in gleicher Höhe bekommen hat.

Neben dem Geldkapitalzins gibt es also auch noch den Sachkapitalzins, der auf alle eingesetzten Eigenmittel bzw. auf das schuldenfreie Sachkapital berechnet wird und der dem Eigentümer der Investitionen zufließt.

Die Höhe dieser Zinsen dürfte im allgemeinen – sofern der Markt es zuläßt – etwa ein Prozent über dem Bank-Realzins (Bankzins abzüglich Inflationsanteil) liegen.

4 Fatale Auswirkungen der Zinsen auf Wirtschaft und Gesellschaft

Wenngleich es einerseits unbestritten ist, daß eine auf dezentraler Selbstregelung beruhende Wirtschaft über einen Knappheitsindikator als Mittel zur

richtigen Lenkung der Ersparnisse in die Investitionen verfügen muß, so ist andererseits unübersehbar, daß der Zins im gegenwärtigen Wirtschaftssystem eine fatale Rolle spielt.

Ein permanent positiver Zins, der praktisch nie unter real 3% absinkt, wirkt sich in mehrfacher Hinsicht schädlich auf Geschehen und Entwicklung in der Wirtschaft aus:

- er verteuert die Preise, verfälscht die Preisbildung und den darüber vermittelten Informationsaustausch,
- er bewirkt eine ungerechte Einkommensverteilung bzw. eine ständige Umschichtung der Einkünfte,
- er bewirkt einen dauernden Wachstumsdruck in der Wirtschaft, auch über sinnvolle Grenzen hinaus,
- er bewirkt eine sich steigernde Machtkonzentration, eine ansteigende Verschuldung und damit ein zunehmendes Gefälle zwischen Reich und Arm, Nord und Süd,
- er führt – da ständiges Wachstum unmöglich ist – zunehmend zu Wirtschaftskrisen und schließlich zur Kapitalvernichtung.

4.1 Zinsanteile in Preisen/Preisverteuerung durch Zins

Bei einer vordergründigen Betrachtung entsteht leicht der falsche Eindruck, daß der Zinsanteil in den Preisen den jeweils gültigen Zinssätzen entspricht.

In einer Volkswirtschaft resultiert die Zinsbelastung jedoch immer aus dem eingesetzten Kapitalvolumen, multipliziert mit dem Zins – unabhängig von der volkswirtschaftlichen Leistung. Identisch ist der Kapitalzinssatz nur dann mit der Zinsbelastung der Preise, wenn Kapital und Leistung zufällig größengleich sind.

Nehmen wir als Beispiel einen Schreiner, der einen Betrieb im Wert von 600.000 DM besitzt. Produziert er darin Leistungen im Wert von 200.000 DM im Jahr, dann muß er die Zinsen für das eingesetzte Kapital auf diesen Produktionswert aufschlagen. Dabei spielt es keine Rolle, ob er den Betrieb mit eigenen oder fremden Mitteln erbaut, gekauft oder gepachtet hat.

Beträgt der Zins z.B. 10%, dann verteuert sich die Produktion von 200.000 DM um 60.000 DM Zinsen. Der rechnerische Preis der produzierten Güter wird also nicht um 10% (dem Zinssatz entsprechend) sondern um 30% angehoben. Bei einem Zins von 5% würde der Aufschlag 15% der Produktionskosten ausmachen.

Nur wenn die Jahresleistung 600.000 DM betragen und somit dem Kapitaleinsatz entsprechen würde,

wäre auch der Preisaufschlag mit dem jeweiligen Satz der Kapitalverzinsung identisch.

Die Höhe der Zinsbelastung hängt also einmal von Kapital und Zinssatz ab und zum anderen von der Relation zwischen Kapital und Leistung. Je kapitalintensiver ein Unternehmen ist und je höher der Zinssatz, umso größer ist der Zinsanteil in den kalkulatorischen Preisen.

Bei einem handgeflochtenen Korb wird der Zinsanteil im Endpreis also sehr gering sein, bei einer hochtechnisierten Fertigung kann er die Hälfte oder mehr betragen.

Der absolute Zinsanteil in einem Preis ist also das Produkt von Kapital mal Zins, der relative Zinsanteil wird von der Größe aller anderen Kosten bestimmt, die in die Preisbildung eingehen. Diese werden nicht nur von Material- und Lohnkosten beeinflusst, sondern in einem oft entscheidenden Maße auch von der Abschreibungshöhe, da die Lebens- bzw. Nutzungsdauer der Investitionen, wie aus den fiktiven Beispielrechnungen in Darstellung 1 (S. 7) ersichtlich, sehr unterschiedlich ist.

4.1.1 Konkrete Beispiele für Zinsanteile

Der in jeder Dienstleistung, Steuer oder Abgabe enthaltene Zinsanteil ist also immer unterschiedlich und nie verbindlich zu erkennen oder aus dem Preis herauszulesen.

Da die Firmen oder Dienstleistungsunternehmen ihre Kalkulation im allgemeinen auch nicht offenlegen, bleibt er uns meist unbekannt.

Anders ist dies allerdings bei „öffentlichen“ Preisen oder Preisberechnungen. Dafür gibt Darstellung 2 (S. 8) einige Beispiele.

Die krassen Unterschiede der jeweiligen Zinsanteile sind auch hier wieder sachbedingt.

Bei den Müllabfuhrgebühren stehen dem investierten Kapital relativ hohe Abschreibungen (Müllfahrzeuge) und vor allem hohe Lohnkosten gegenüber.

Bei den Trinkwasser- und Abwassergebühren sind die Personalkosten und die Abschreibungssätze geringer.

Bei den Wohnungsmieten schließlich ist die Abschreibung besonders niedrig (100 Jahre Nutzungsdauer). Personalkosten entfallen fast ganz.

Dadurch ist der Zinsanteil in Mieten so besonders hoch, und Veränderungen der Zinssätze schlagen dort besonders deutlich durch.

Im Schnitt dürfte der Zinsanteil in den Marktmieten bei 40 bis 60% der Kaltmiete liegen, in den Neubaurkostenmieten liegt er – je nach Zinssatzhöhe – zwischen 60 und 80%.

Während die Kapitalmenge den Zinsanteil im allgemeinen nur langsam – entsprechend dem Kapital-

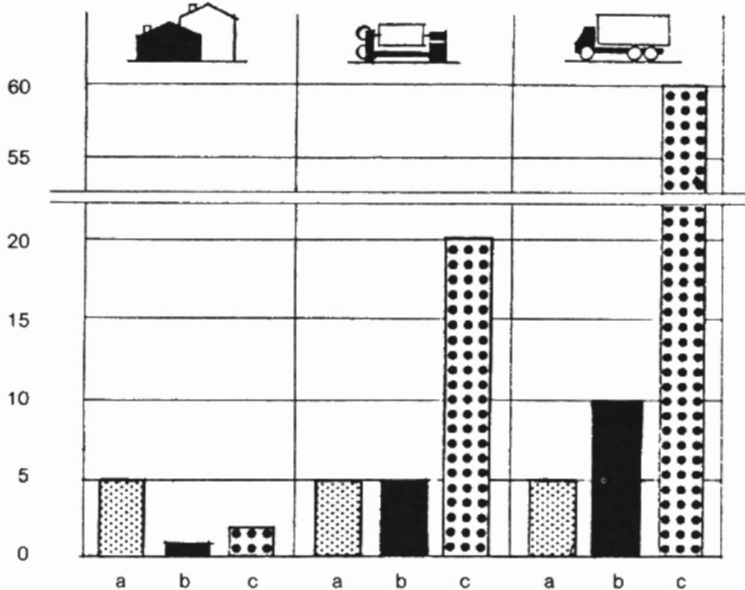
Darstellung 1: Veränderung der relativen Zinsanteile in volkswirtschaftlichen Kostenrechnungen bei gleich hohem Kapitaleinsatz und Zinssatz

Angenommene Ausgangsgrößen für die Beispiele:

Investitionsobjekt :	Wohngebäude	Prod. Anlage	Lastkraftw.
Investitionshöhe :	100.000 DM	100.000 DM	100.000 DM
Kapitalverzinsung :	5%	5%	5%
Nutzungszeitraum :	100 Jahre	20 Jahre	10 Jahre
Abschreibung p.a. :	1%	5%	10%

Kostenberechnung:

Kosten p.a. in Tsd DM



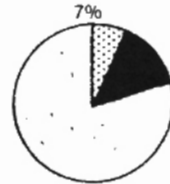
a		Kapitalkosten	:	5.000 DM	5.000 DM	5.000 DM
b		Abschreibung	:	1.000 DM	5.000 DM	10.000 DM
c		Lohnkosten u.ä.	:	2.000 DM	20.000 DM	60.000 DM
Gesamtkosten p.a. :				8.000 DM	30.000 DM	75.000 DM

Zinsanteil in Jahreskosten in % :

63%

17%

7%



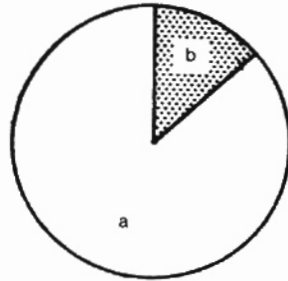
Darstellung 2: Konkrete Beispiele für Zinsanteile in Preisen und Gebühren

1 Müllabfuhrgebühren

Beispiel Stadt Aachen 1983

a) Abschreibung, Sach- und Personalkosten, Sonstiges	88%
b) Kapitalverzinsung	12%

Gebühr
110-t-Tonne: 194,- DM = 100%

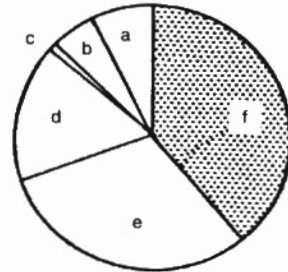


2 Trinkwasserpreis

Beispiel eines norddeutschen Versorgungswerkes 1981

a) Energiekosten	7%
b) Unterhalt der Anlagen	6%
c) Wasseraufbereitung	1%
d) Personal- und Sachkosten	18%
e) Abschreibung	30%
f) Kapitalverzinsung	38%

Preis je cbm: 1,36 DM = 100%

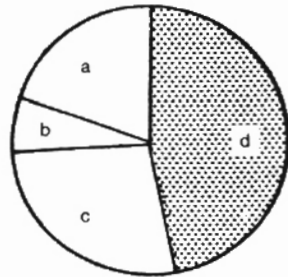


3 Kanalbenutzung – Abwassergebühren

Beispiel Stadt Aachen 1983

a) Sachkosten	19%
b) Personalkosten	7%
c) Abschreibung	27%
d) Kapitalverzinsung	47%

Gebühr je cbm: 1,87 DM = 100%

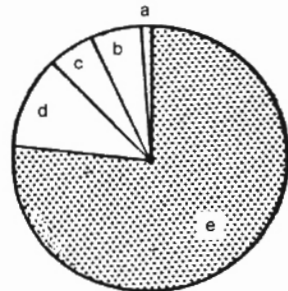


4 Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau

Berechnung des statistischen Bundesamtes für 1979

a) Wagnis und Gewinn	1%
b) Betriebs- und Verw.-Kosten	6%
c) Instandhaltung	5%
d) Abschreibung	11%
e) Kapitalverzinsung	77%

Miete je qm: DM 13,40 = 100%



wachstum – verändert, können Veränderungen der Zinshöhe relativ kurzfristig ein deutliches Ansteigen oder Abfallen der Zinsanteile in den Preisen bewirken. Am deutlichsten wird das bei den Neubaumieten sichtbar, wo eine Anhebung der Hypothekenzinsen um einen Prozentpunkt die Miete um 8 bis 12% ansteigen läßt. –

4.1.2 Akkumulation der Zinsanteile

Bei allen vorstehenden Preis-Beispielen haben wir jeweils nur die „letzte Preisbildungsebene“ betrachtet und dabei zwischen sachbezogenen Kosten und kapitalbezogenen Kosten (Zinsaufschlag/Zinsanteil) unterschieden. Mit dieser Rechnung wird darum auch nur der letzte hinzukommende Zinsanteil erfaßt, nicht aber der ganze tatsächliche Zinsanteil in einem Endverbraucherpreis. Dieser akkumuliert sich über alle vorherigen Produktions- und Weitergabestufen und ist jeweils „verdeckt“ in allen sachbezogenen Kosten enthalten.

Bei der Mietberechnung* z.B. fallen die Anliegebühren in den Sachkostenanteil. Wie wir gesehen haben, sind jedoch in den Kanal- und Müllabfuhrgebühren wieder Zinsen enthalten, die aber nicht mehr als solche ausgewiesen werden. Das gleiche gilt für die direkten und indirekten Zinsanteile in den Baukosten des Hauses, die bei der Mietberechnung, über die Abschreibung, wieder nur als „Sachkosten“ erscheinen.

Diese Akkumulation genau herauszurechnen, ist praktisch kaum möglich. In Darstellung 3 (S. 10) ist darum nur ein Schema einer solchen Akkumulation aufgezeigt. Sieht man einmal von den direkten und indirekten Steuern ab und auch von den schwankenden Betriebsüberschüssen, dann besteht jeder Preis letztendlich also nur aus kapitalbezogenen Kosten (also Zinsen) und arbeitsbezogenen Kosten (also Löhnen, einschl. Unternehmerlöhnen), die sich über alle Zwischenstufen zum Endpreis addieren.

4.1.3 Durchschnittlicher Zinsanteil in den Preisen

Wenn man die gesamte Zinsbelastung einer Gesellschaft oder eines Haushaltes erfassen will, müßte man bei jedem Einzelpreis die jeweilige Kette aller Vorstufen auf Zinsen hin durchforschen. Dies ist zwar theoretisch möglich, aber vom Arbeitsumfang her kaum durchzuführen, auch wenn alle Firmen ihre Kalkulationen offen legen würden.

Trotzdem kann man die Gesamt- und Durchschnittszinsbelastung aller Preise in einer Volkswirtschaft in etwa eingrenzen, wenn man die Größe des gesamten eingesetzten Kapitals mit der Größe

der gesamten Leistung in Beziehung setzt. Eine solche Pauschalberechnung ist in Darstellung 4 (S. 11) einmal versucht.

Für die Größe des eingesetzten Geldkapitals sind die offiziellen Zahlen der Verschuldung unserer Volkswirtschaft herangezogen worden, die Ende 1982 bei fast 2.800 Mrd DM lag.

Bei der Festsetzung des Anlagevermögens und des für die Zinsberechnung maßgebenden schuldenfreien Sachkapitals wurden unterschiedliche Zahlen und Angaben benutzt und daraus ein gesamtes Anlagevermögen – einschl. Boden – von 6.100 Mrd DM herausgerechnet.

Beide angesetzten Werte, auch der offizielle der Verschuldung, dürften unterhalb der tatsächlichen Größen liegen, da alle Erhebungen und Zusammenfassungen, ob steuerliche oder die der Leistungen des Bruttosozialproduktes, Lücken und Grauzonen enthalten.

Bezieht man das hier angesetzte Gesamtkapital von 6.500 Mrd auf das BSP von 1.600 Mrd (Wert 1982), dann zeigt sich, daß die Kapitalmenge gut viermal größer ist als die volkswirtschaftliche Brutto-Jahresleistung. Zieht man aus dieser Bruttosumme den darin bereits enthaltenen Zinsanteil von 410 Mrd heraus und stellt die tatsächliche Jahresleistung von 1.190 Mrd dem eingesetzten Kapital gegenüber, dann liegt das Verhältnis etwa bei 1 : 5,5, während es bei unserem Schreinerbeispiel 1 : 3 betrug.

Der Zinsanspruch des Kapitals muß also auf ein 5 1/2 mal kleineres Leistungsvolumen aufgeschlagen werden. Damit ist der Zinsaufschlag auf die Leistung auch 5 1/2 mal größer als der angenommene Durchschnittssatz der Kapitalverzinsung von 6,3%. Demnach beträgt die Verteuerung also knapp 35%.

Rechnet man den Zinsanteil aus den Endpreisen zurück, dann macht der Zins im Durchschnitt aller Preise einen Anteil von 26% aus. Etwa jede vierte Mark, die wir ausgeben, fließt also an das Kapital und verringert den tatsächlichen Gegenwert, den wir für unser Geld erhalten.

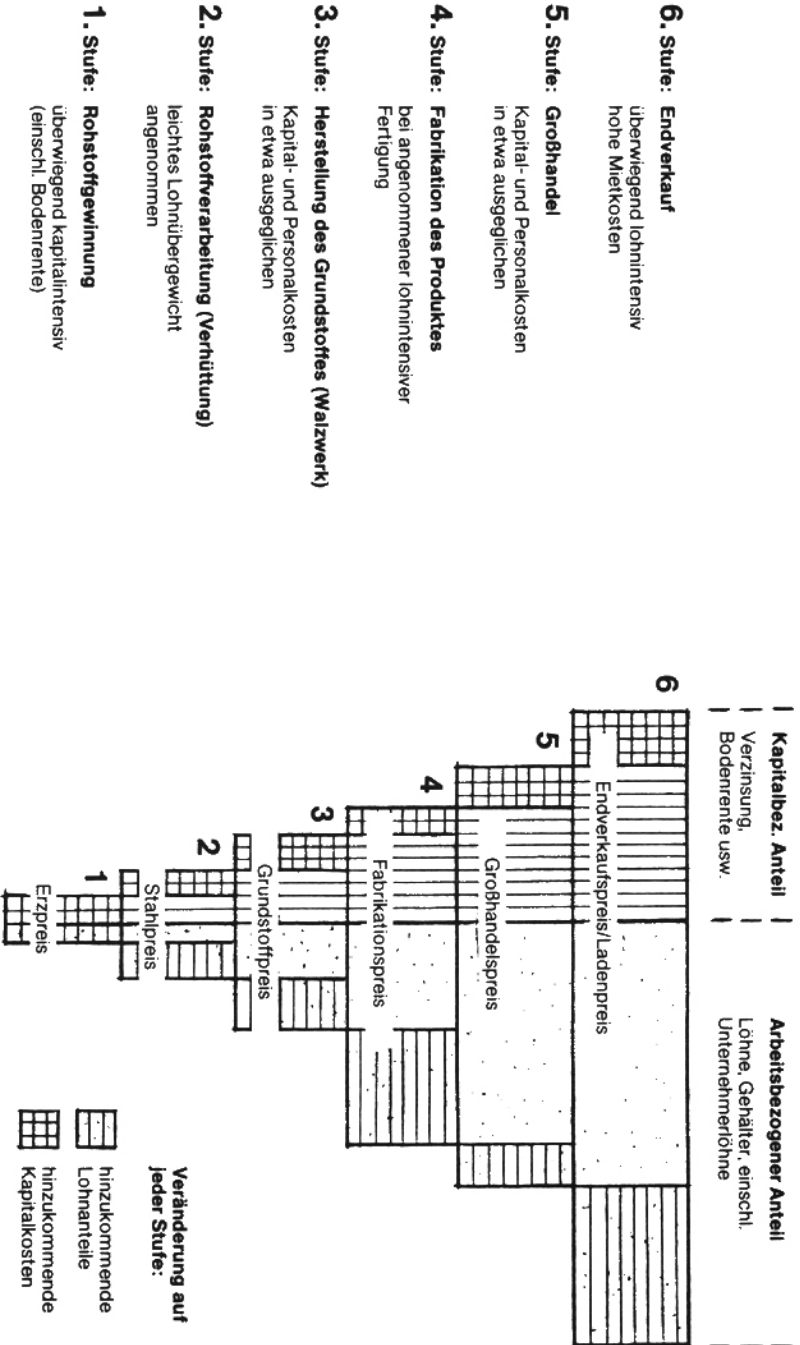
Die allgemein übliche Darstellung, nach der etwa die Hälfte des Bruttoverdienstes in die öffentlichen Kassen fließt und die andere Hälfte dem Verdienenden verbleibt, ist also sachlich unzutreffend.

Staat und Verdienende erhalten beide jeweils nur etwa 35 bis 40%, da in allen Steuern und in allen Preisen Zinsanteile enthalten sind, die an das Kapital abfließen.

Sicher sieht das Ganze etwas „moderater“ aus, wenn man aus der Bruttozinslast die Kreditvermittlungskosten herauszieht. Wenn wir aber an die vier konkreten Preisberechnungsbeispiele denken, in denen die Zinsanteile aus den Vorstufen noch nicht einmal enthalten waren, dann dürfte die tatsäch-

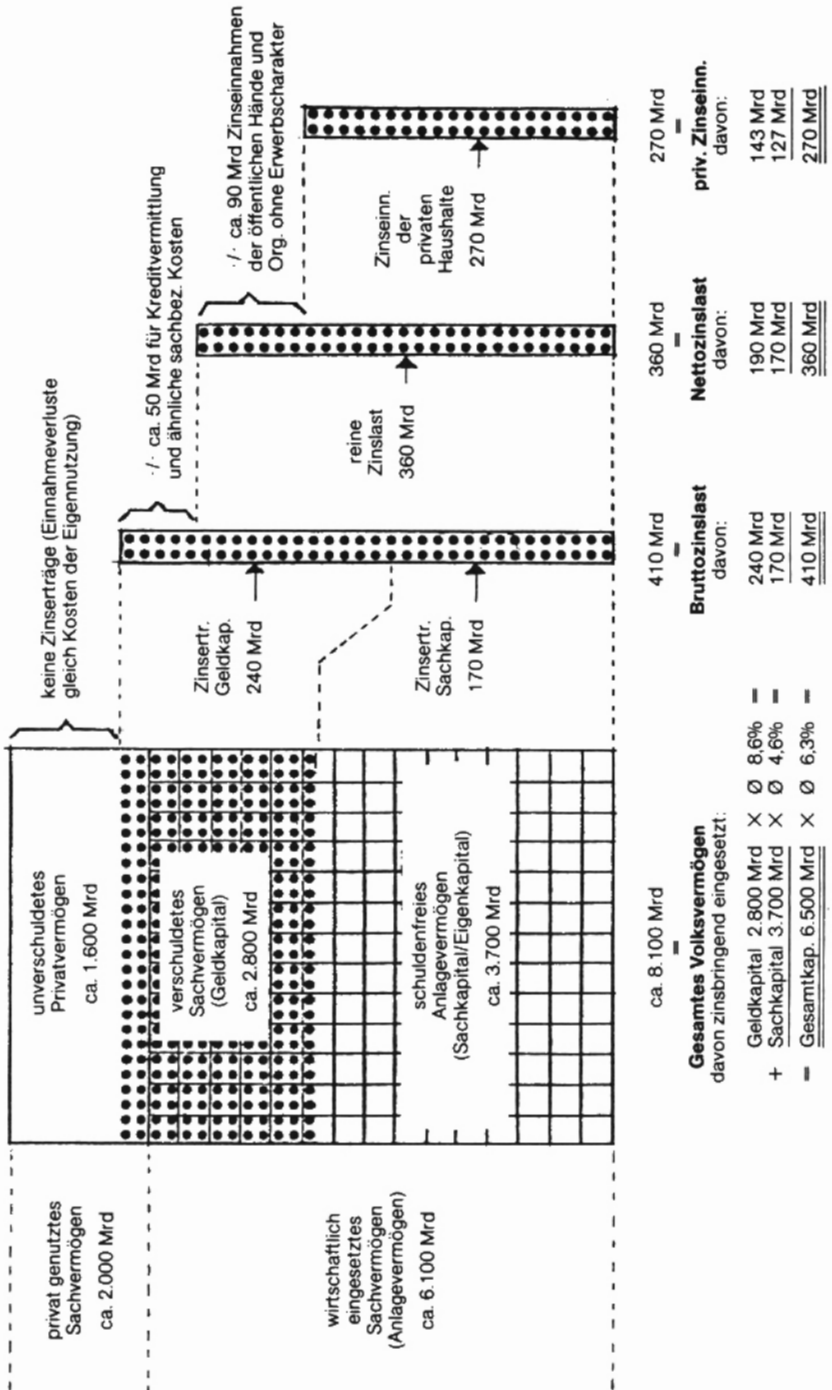
* Vgl. H. CREUTZ, Zur Misere auf dem Mietwohnungsmarkt, in: Zeitschrift für Sozialökonomie – mtg 20 Jg. (1983), 59. Folge, S. 3–9

Darstellung 3: Akkumulation der Kapital- und arbeitsbezogenen Kosten in einer mehrstufigen Prod.-Kette am Beispiel eines Stahlproduktes mit fiktiven Größen



Darstellung 4: Volkvermögen und Kapitaleinsatz in der Bundesrepublik und daraus resultierende Zinslast

Verschuldung bzw. Geldkapital und -zins nach Bundesbankveröffentlichung, sonst eigene Hochrechnungen / ca.-Werte für 1982



liche Durchschnittsbelastung aller Preise durch den Zins eher noch höher als 26% sein. –

Preise haben nun nach allgemein anerkannter Auffassung in einem marktwirtschaftlichen System die Aufgabe, den Wirtschaftsteilnehmern Informationen über Angebot und Nachfrage zu vermitteln, damit die Produktion zu lenken und einen gerechten Austausch von Leistungen und Gegenleistungen zu ermöglichen.

Wenn aber in einem so erheblichen Umfang mit dem Zins ein Faktor in die Preiskalkulation einfließt, der mit wirklicher Leistung nichts zu tun hat, so muß das zu einer erheblichen Verfälschung der Informationen führen.

Als Folge davon wird die Produktion teilweise am Bedarf vorbeigelenkt und zunehmend von den Interessen des Kapitals anstatt denjenigen der Verbraucher bestimmt. Außerdem wird der Austausch von Leistung und Gegenleistung mit immer größeren Ungerechtigkeiten belastet.

Der Zins in seiner derzeitigen Form ist also kein positiver Bestandteil einer marktwirtschaftlichen Ordnung, sondern behindert geradezu ihre dezentrale, sich am Menschen orientierende Selbstregulierung.

4.2 Einkommensumschichtung durch den Zins

Im allgemeinen wird der Zins von uns als eine angenehme Einrichtung empfunden. Ohne etwas dafür getan zu haben, erhält man am Jahresende eine Gutschrift aufs Sparsbuch, und darüber freut man sich natürlich. Wie überall, wo man mit Zahlen rechnet, fällt aber auch in der Wirtschaft nichts vom Himmel. Immer dann, wenn einer etwas erhält, muß einem anderen im gleichen Maß genommen werden. Dies ist auch beim Geld und Zins nicht anders.

Verteilen wir die Bruttozinslast von 410 Mrd auf die 25 Mio Haushalte in der Bundesrepublik (die als letzte in der Kette alle Kosten tragen müssen), dann ergibt sich eine rechnerische Durchschnittsbelastung pro Haushalt in Höhe von 16.400 DM im Jahr. In diesem Betrag sind etwa 2.400 DM öffentliche Schuldzinsen enthalten und 7.200 DM für die übrigen Verschuldungen. Der Rest von 6.800 DM resultiert aus der Verzinsung des schuldenfreien Anlagekapitals. Die in den Mieten enthaltenen Zinsen in Höhe von etwa 2.000 bis 6.000 DM im Jahr, dürften sich etwa je zur Hälfte auf Geld- und Sachkapitalverzinsung verteilen.

Vergleicht man diese durchschnittliche Zinsbelastung der Haushalte einmal mit den Haushalteinnahmen und -ausgaben, dann stehen dieser Belastung von 16.400 DM verfügbare Durchschnittseinkommen von 41.600 DM und Durchschnittsausgaben von 36.000 DM gegenüber. (Alle Werte für 1982)

Ein Teil der Haushalteinkommen resultiert natürlich auch aus Zinseinnahmen. Will man diese Gesamtzinseinnahmen der Haushalte erfassen, muß man – wie in Darst. 4 (S. 11) geschehen – zuerst einmal die Kreditvermittlungskosten (50 Mrd) von den 410 Mrd abziehen und dann auch noch jenen Teil, der als Zinserträge an die öffentliche Hand fließt und an „Organisationen ohne Erwerbscharakter“, also vorrangig Kirchen und Gewerkschaften. Da diese Stellen über ungefähr ein Viertel des Kapitalvermögens verfügen, reduziert sich der Zinsanteil, der als Erträge an die Privathaushalte fließt, in unserer Rechnung auf 270 Mrd jährlich.

Bei den nachfolgenden Untersuchungen der Einkommensumschichtung durch den Zins, werden wir von dieser Ertragsgröße von 270 Mrd ausgehen und ihr auch nur jene 270 Mrd Zinslasten gegenüberstellen, die aus privaten Taschen in private Taschen fließen.

4.2.1 Aufschlüsselung der Zinslasten und -erträge

Die Höhe der Zinsen, die ein Haushalt zahlen muß, hängt – wie wir gesehen haben – mit den jeweiligen Ausgaben des Haushalts zusammen. Die Höhe der Zinserträge jedes Haushaltes hängt von dem zinsbringenden Vermögen ab, über das der Haushalt verfügt. Stünden beide in jeweils gleichen Relationen zueinander, würden Einnahmen und Lasten in etwa ausgeglichen sein, so daß Verschiebungen der Haushalteinkünfte durch den Zins vermieden würden.

Wenn wir uns ein Bild von den tatsächlich stattfindenden Verschiebungen machen wollen, müssen wir also Besitz und Ausgaben bei den Haushalten vergleichen. Während es über die Einkünfte und Ausgaben halbwegs brauchbare Unterlagen und Daten gibt, sind alle Unterlagen über die Besitzverteilung unzulänglich und dazu sehr unterschiedlich. Sie fußen außerdem zumeist auf älteren Erhebungen und Hochrechnungen.

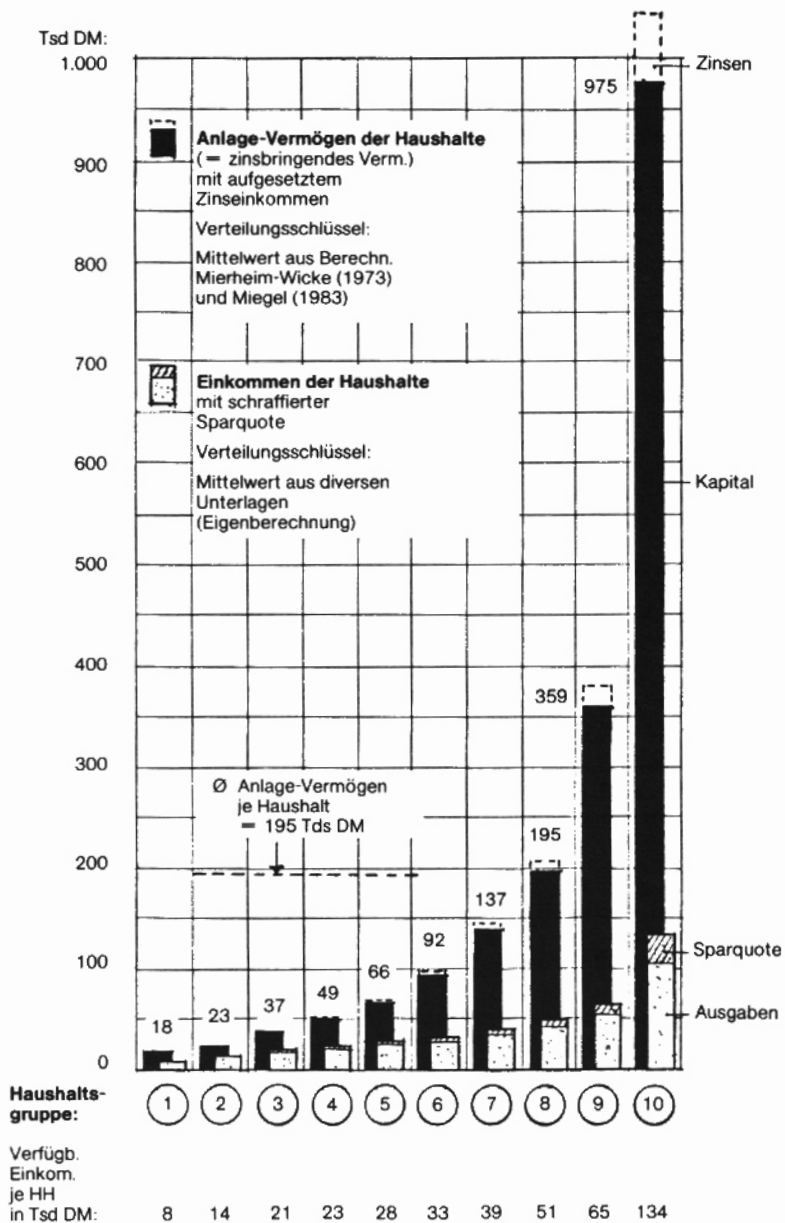
Geht man von diesen gegebenen Anhaltspunkten aus und nimmt daraus die ungefähren Mittelwerte, dann ergibt sich, auf zehn gleichgroße Haushaltsgruppen von jeweils 2,5 Mio Einzelhaushalten verteilt, das in Darstellung 5 (S. 13) wiedergegebene Verteilungsbild der Einkünfte und des Kapitalbesitzes.

Schon ein erster Blick zeigt die Unterschiedlichkeit der Verteilung. Während das Einkommen von der ersten bis zur zehnten Gruppe auf etwa das 17-fache ansteigt, klettern die Besitzanteile auf das 54-fache. Zieht man die Ausgaben der Haushalte zum Vergleich heran – der Schlüssel für die Zinslastenverteilung – ist die Diskrepanz noch größer.

Die Darstellung 5 zeigt weiter, daß etwa die Hälfte des gesamten zinsbringenden Anlagevermögens

Darstellung 5: Verteilung der Einkommen und Anlage-Vermögen der privaten Haushalte – aufgeteilt auf zehn Gruppen mit je 2,5 Mio Haushalte

Anlage-Vermögen aller Haushalte : 4.875 Mrd DM (eigener Ansatz)
 Verfügbares Einkommen aller Haushalte : 1.040 Mrd DM (stat. Wert 1982)
 Sparquote (13,5%) : 140 Mrd DM (stat. Wert 1982)
 Ausgaben der Haushalte : 900 Mrd DM (stat. Wert 1982)



bei dem letzten Zehntel der Haushalte konzentriert ist.

Würde man dieses vermögense Zehntel der Haushalte nochmals in zehn Gruppen von je 250.000 Haushalte aufteilen, dann würde die Vermögenssäule der letzten 250.000 Haushalte etwa zehnmal höher als die dargestellte sein. Zöge man die reichsten 250 Haushalte heraus, dann wäre die Säule hundert- bis dreitausendmal größer als die in der Abbildung dargestellte.

Entsprechend verteilt sich auch das Zinseinkommen auf die Haushalte.

Verrechnet man bei jeder Haushaltsgruppe die Zinslasten und -erträge gegeneinander, dann lassen die jeweiligen Salden die Größenordnung der Einkommensumverteilung deutlich werden (Darst. 6, S. 15).

Während die ersten acht Haushaltsgruppen Minus-salden aufweisen und der Stand bei der neunten Gruppe fast ausgeglichen ist, ergibt sich bei der letzten Haushaltsgruppe ein entsprechend hohes Plus.

Der Zins bewirkt also eine ständige Einkommensumschichtung von der überwiegend von Arbeit lebenden Bevölkerungsmehrheit zu der überwiegend von Besitz lebenden Minderheit. Dieser Transfer in die Taschen einer Minderheit, der ohne eine konkrete wirtschaftliche Gegenleistung erfolgt, wird mit der zunehmenden Kapitalkonzentration immer noch größer. Er beschleunigt sich bei nachlassendem Wirtschaftswachstum und steigt in Hochzinsphasen sogar sprunghaft an, wie aus der zweiten eingezeichneten Säulenreihe ersichtlich wird.

4.2.2 Verschiebungen der Einkommen

Solange wir ein reales Wirtschaftswachstum hatten, das ungefähr der Zins- und Kapitalbildungsquote entsprach, konnte auch das Realeinkommen der Arbeitenden – trotz der steigenden Zinsbelastung – ständig zunehmen. Durch den Rückgang bzw. Stillstand des Wirtschaftswachstums zehrt jedoch der Zinstransfer immer mehr an der Einkommenssubstanz der Arbeitenden. Damit aber nehmen die sozialen und die wirtschaftlichen Probleme immer rascher zu.

Die Minderung der Realeinkommen der Bevölkerungsmehrheit kann dann auch durch keine noch so hohe Lohnerhöhung ausgeglichen werden. Da diese nominalen Lohnerhöhungen – mangels Wirtschaftswachstum – nicht durch Leistungssteigerungen abgesichert sind, muß die Kaufkraft der angehobenen Löhne auf dem Wege der Inflation ausgehöhlt werden.

Im Grunde wirken also diese Lohnerhöhungen (die von den Gewerkschaften immer noch als „Lösung

des Problems“ gefordert und nach Durchsetzung als Sieg gefeiert werden) nicht anders wie die Vermehrung einer immer kleineren Menge Suppe durch Hinzuschütten von Wasser.

Wie sich das Einkommensverhältnis zwischen Kapital und Arbeit bei unterschiedlichen Zins- und Kapitalvermehrungsquoten immer mehr zu Ungunsten der von Arbeit lebenden Bevölkerung verschiebt, wird in Darstellung 7 (S. 16) schematisch verdeutlicht. Ebenfalls ist daraus ersichtlich, in welchem Maße diese negative Entwicklung bei abnehmendem Wirtschaftswachstum und/oder steigenden Zinssätzen noch beschleunigt wird.

Modell A zeigt über 20 Jahre hinweg eine Wirtschaftssituation ohne Wachstum, also mit gleichbleibender Jahresleistung. Als Ausgangslage ist eine Verteilung angenommen, bei der das Kapital ein Fünftel des „Wirtschaftskuchens“ erhält und die Arbeitleistenden vier Fünftel. Zehren die Kapitalbesitzer ihre Kapitalrendite regelmäßig auf, dann bleibt der Verteilungsschlüssel konstant. Vermehren sie jedoch regelmäßig aus ihrem Anteil das angelegte Kapital, so wird ihr Einkommensanteil immer größer.

Da die „Kuchengröße“ aber unverändert bleibt, muß der Anteil der Arbeit im gleichen Maße kleiner werden, in dem derjenige des Kapitals zunimmt.

Bei einer zinseszinsbedingten Kapitalvermehrung von 3 Prozent steigt in den dargestellten 20 Jahren der Kapitalanteil von 20 auf ca. 35%. Entsprechend fällt der Anteil für die Arbeit von 80 auf 65% zurück.

Bei einer angenommenen Kapitalakkumulation von 6 Prozent beansprucht das Kapital nach 20 Jahren bereits mehr als die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung. Noch krasser ist die Entwicklung bei prozentual noch höheren Vermehrungssätzen.

Modell B zeigt die gleiche Kapitalentwicklung, jedoch bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von 3 Prozent.

Wie aus der Darstellung ersichtlich, bleibt der Verteilungsschlüssel 20 : 80 unverändert, wenn das Kapitalwachstum dem Wirtschaftswachstum entspricht. Kapital und Arbeit nehmen gleichermaßen am Wirtschaftswachstum teil.

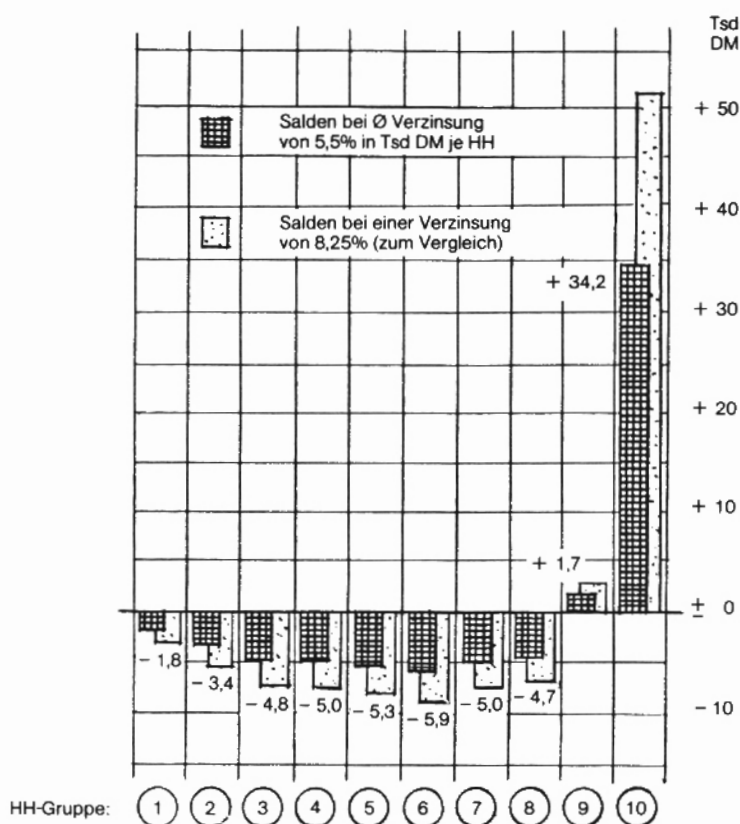
Bei einer Kapitalvermehrung von 6 Prozent nimmt zwar auch der Arbeitsanteil noch zu, jedoch geringer als der des Kapitals. Der anfangs noch ansteigende Verlauf der Arbeits-Anteil-Kurve geht jedoch nach etwa 25 Jahren in die Waagerechte über und kippt dann ebenfalls nach unten ab, so wie dies bei den höheren Prozentsätzen bereits nach kurzer Zeit ersichtlich wird.

Modell C zeigt unterschiedliche Verteilungsabläufe über 3 Dekaden, wobei angenommen wird, daß sich das Wirtschaftswachstum von 6 über 3 auf 0 Prozent verringert.

Darstellung 6: Salden der Zinslasten und Zinserträge der privaten Haushalte – aufgeteilt auf zehn Gruppen von je 2,5 Mio Haushalte

Angesetzte Zinserträge aller Haushalte: 270 Mrd DM
(bei 5,5%iger Verzinsung eines Anlagevermögens von 4.875 Mrd)

Angesetzte Zinslasten: ebenfalls 270 Mrd DM (nur der Zinslastanteil, der von privaten Haushalten an private Haushalte fließt)



Berechnung:

Zinserträge	0,5	0,7	1,1	1,5	2,3	3,2	5,5	8,8	18,0	66,5
Zinslasten	2,3	4,1	5,9	6,5	7,6	9,1	10,5	13,5	16,5	32,3
Zinssalden	1,8	3,4	4,8	5,0	5,3	5,9	5,0	4,7	1,7	34,2
	-	-	-	-	-	-	-	-	+	+

Gesamte Einkommensverschiebung von den acht ersten zu den zwei letzten Haushaltgruppen: jährlich 90 Mrd, täglich 246 Mio DM

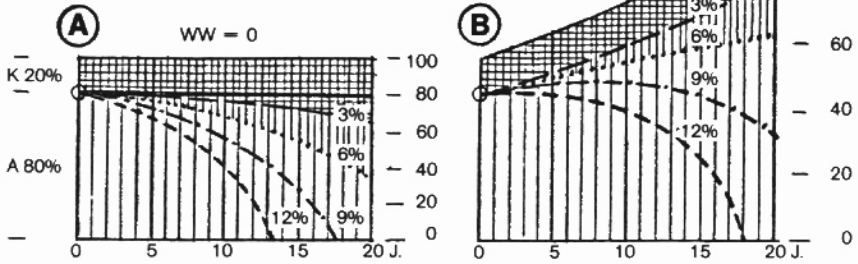
(bei 8,25% Verzinsung : jährlich 135 Mrd, täglich 369 Mio DM)

Darstellung 7: Grundmodelle der Einkommensverschiebung zwischen Kapital und Arbeit bei unterschiedlichen Ansätzen des Wirtschafts- und Kapitalwachstums

Angenommene Ausgangsverteilung: Kapital 20%, Arbeit 80%
 Laufzeiten der Entwicklungen: 20 bzw. 30 J.

Verlauf bei:

- 3% Verzinsung und Kapitalwachstum
- 6% Verzinsung und Kapitalwachstum
- - - 9% Verzinsung und Kapitalwachstum
- - - 12% Verzinsung und Kapitalwachstum



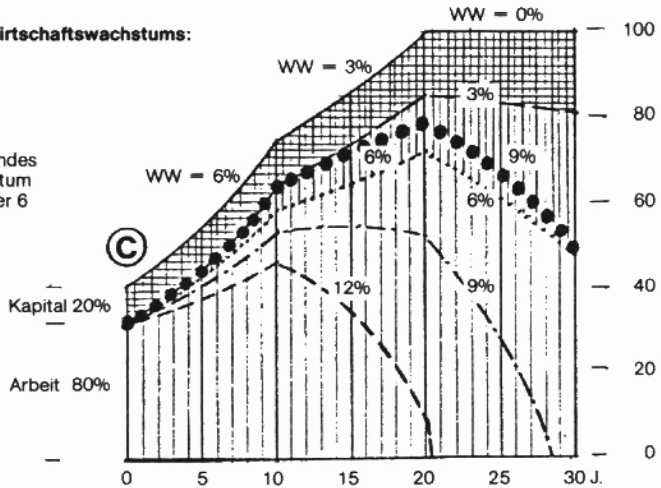
a) bei gleichbleibender Wirtschaftsleistung

b) bei Wirtschaftswachstum von 3 Prozent

Verlauf des Wirtschaftswachstums:

1. Dekade 6%
2. Dekade 3%
3. Dekade 0%

- Ansteigendes K-Wachstum von 3 über 6 auf 9%



c) bei abnehmendem Wirtschaftswachstum

Fazit: Wenn das Wirtschaftswachstum unter den Satz der Verzinsung und Kapitalvermehrung fällt, beginnen die Verteilungsprobleme. Ihre Zunahme wird durch Zinserhöhungen beschleunigt.

Hier wird deutlich, wie sich bei gleichbleibendem Kapitalzuwachs und sinkendem Wirtschaftswachstum die Arbeitsanteile verringern.

Die zusätzlich eingezeichnete Kapitalvermehrung von 3 über 6 auf 9 Prozent, die entgegengesetzt zum zurückgehenden Wirtschaftswachstum verläuft, macht die Problematik deutlich, die dann entsteht, wenn bei Rückgang der volkswirtschaftlichen Leistung die Geldkapitalverzinsung angehoben wird, wie dies bei uns in den letzten Jahren der Fall gewesen ist.

4.3 Sonstige Auswirkungen und Fakten

4.3.1 Relationen zwischen Lohn- und Zinserhöhungen

Wenn wir von 6.500 Mrd DM Gesamtkapital ausgehen, dann bedeutet eine 1%-ige Zinserhöhung eine Mehrbelastung der Wirtschaft und damit der Bürger von 65 Mrd DM.

Wenn wir außerdem eine gesamte Bruttolohn- und Gehaltssumme aller Beschäftigten in Höhe von 757 Mrd DM annehmen (Stand 1982), dann bewirkt eine 1%-ige Lohnerhöhung eine Kostensteigerung von rund 7,6 Mrd DM. *Die Anhebung aller Zinssätze um einen Prozentpunkt belastet unsere Wirtschaft also rechnerisch 8,5 mal stärker als eine Erhöhung aller Löhne und Gehälter um den gleichen Satz.*

Bezogen auf einen Arbeitnehmer-Einzelhaushalt bedeutet dies: Ein Prozent Kapitalzinssenkung bringt fast den gleichen Vorteil wie 8 1/2 Prozent Lohnerhöhung!

Hinzu kommt noch, daß Lohnerhöhungen nur dann einen realen Zugewinn erbringen, wenn sie durch einen entsprechenden Anstieg der realen volkswirtschaftlichen Leistung abgesichert sind. Eine Kapitalzinssenkung aber läßt die Preise sinken und bringt auch dann für alle Arbeitnehmer einen Realgewinn, wenn das Wirtschaftswachstum stagniert (siehe Beispiel Neubaumieten).

Wenn man bedenkt, mit welcher Intensität bei den Tarifverhandlungen um Zehntelprozente gerungen wird, dann ist es mehr als erstaunlich, daß der Zins an sich und vor allem auch die Zinserhöhungen so wenig Diskussionen auslösen. Noch erstaunlicher aber ist, daß die Gewerkschaften nicht deutlicher gegen die Hochzinspolitik protestieren, die doch in so starkem Maß besonders die Arbeitnehmer trifft. So sind z.B. allein die Zinsbelastungen durch das Geldkapital für jeden Durchschnittshaushalt von 1.360 DM im Jahr 1968 auf etwa 4.640 DM im Jahr 1978 angewachsen, also fast auf das dreieinhalbfache, während die Bruttolöhne in der gleichen Zeit nur auf das zweieinhalbfache gestiegen sind.

In der letzten Hochzinsphase von 1978 bis 1982 hat sich die rechnerische Zinsbelastung jedes Durchschnittshaushaltes – wieder nur auf das Geldkapital

bezogen – sogar von 4.640 auf 9.520 DM verdoppelt, während in der gleichen Zeit die Löhne nur um 25 Prozent gestiegen sind.

Diese Veränderungen und ihre Größenordnung zeigen, daß wir eine völlig andere Gewerkschaftspolitik benötigen, wenn sich die Situation der Lohnabhängigen tatsächlich verbessern soll.

4.3.2 Auswirkung der Zinsentwicklung auf die Wirtschaftskrisen

Daß zwischen der Zinserhöhung und der Zunahme der Wirtschaftskrisen ein Zusammenhang besteht, wird heute kaum noch von jemandem bestritten. Diese Wechselwirkungen haben wir in der Praxis zuerst in England, dann in den USA und bei uns verfolgen können.

In welcher Deutlichkeit z.B. die Insolvenzen und die Arbeitslosenzahlen der Zinsentwicklung folgen, ist aus Darstellung 8 (S. 18) zu ersehen. Mit jeder Hochzinsphase werden dabei diese Krisenindikatoren auf ein höheres Plateau gehoben. Sie fallen also auch dann nicht auf den alten Stand zurück, wenn die Zinsen zwischenzeitlich wieder absinken.

Das gilt auch für die Entwicklung des Geldkapitals und seiner Zinsansprüche. Da sich das Kapital aufgrund der hohen Zinszuflüsse rascher als normal vermehrt, sinken die Zinsansprüche mit den Zinsen nicht wieder auf den alten Stand zurück.

Während z.B. die Bankzinserträge 1968 noch bei 28,8 Mrd lagen, beliefen sie sich im Jahre 1982 bereits auf 229 Mrd DM.

Die Zinsaufwendungen der Banken (Zahlungen an die Guthabenbesitzer) sind allein von 1978 bis 1982 von 76 Mrd auf 173 Mrd angestiegen. Dieses Mehr an Einnahmen der Bankeinleger von fast 100 Mrd muß zwangsläufig in den Taschen anderer Bezieher fehlen. Betroffen sind davon Unternehmer, Staat und Arbeitnehmer gleichermaßen.

Bei den Unternehmern führt die höhere Schuldenzinsbelastung zu Rückgängen der Betriebsgewinne, auf die man mit Einsparungen von Arbeitskräften und im Extremfall mit Firmenschließungen reagiert.

Beim Staat führt der Konjunkturrückgang zu Einnahmeausfällen, bei gleichzeitigen höheren Kosten für die sozialen Folgen und den eigenen Schuldendienst.

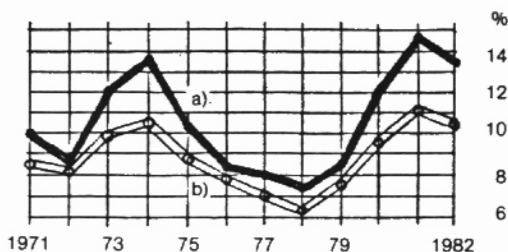
Bei den Arbeitnehmern gehen die Realeinkommen zurück, mit der Folge des Nachfragerückganges, was wiederum die Unternehmensschwierigkeiten vergrößert und zu noch mehr Arbeitslosigkeit führt.

Da viele der Betroffenen, vor allem aber der Staat, die zunehmenden Probleme mit immer höheren Verschuldungen zu lösen versuchen, wachsen nicht nur die Zinslasten an, sondern es bleiben auch

Darstellung 8: „Parallelen“ zwischen Veränderung der Zinsen und der Krisenentwicklung abgehoben auf die Hochzinsphasen 1972 bis 74 und 1978 bis 82

1. Entwicklung der Zinssätze in Prozent

- a) Kontokorrentzins
- b) Hypothekenzins



2. Vergleich mit anderen Indikatoren

a) Kontokorrentzins in Prozent

(zum optischen Vergleich mit Krisenentwicklung parallel verzogen)

b) Bankzinserrträge in Mrd DM

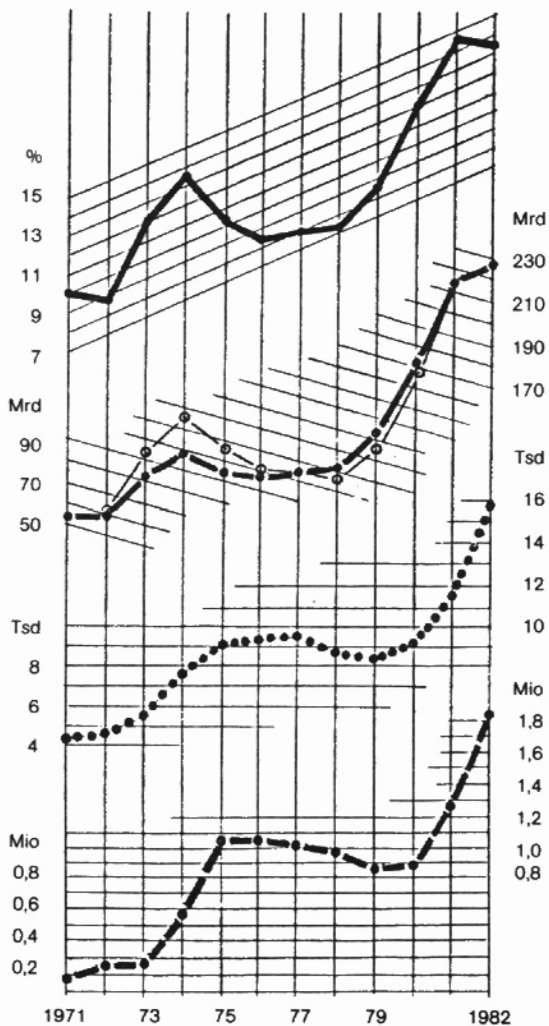
(parallel verzogen) direkte Anpassung der Zinserträge erkennbar (○—○ = Zinserträge in Prozent des BSP)

c) Insolvenzen in Tsd

folgen mit 1–2 Jahren Verzögerung auf immer höherem Stand

d) Arbeitslosigkeit in Mio

wie bei c), jedoch mit abruptem Verlauf



Quelle: Bundesbank u.a.

die Geldkapitalzinsen hoch. Dies wiederum beeinflußt selbst seriöse Geldbesitzer, die normalerweise zu Investitionen neigen würden, ihr Geld lieber bei den Banken, in Staatspapieren oder Währungsspekulationen anzulegen als in Produktionsanlagen und damit in neuen Arbeitsplätzen; dies gilt vor allem, wenn dort nur ein Realzins von vielleicht 2 bis 3% zu erwirtschaften ist.

4.4 Auswirkungen der Zinsen auf das Wirtschaftswachstum

Gesunde und natürliche Wachstumsentwicklungen streben nach anfangs großen Zuwachsraten immer langsamer wachsend einer optimalen Größe zu. Diesem Wachstumsablauf passen sich bei einem gesunden und natürlichen Organismus auch alle Teile an. Ist das nicht der Fall, wächst also ein Teil des Organismus rascher als die anderen oder wächst er nach Erreichen der optimalen Größe allein weiter, kommt es zu Komplikationen, Krisen und schließlich zum Kollaps des gesamten Organismus.

Dieser Gefahr kann der Organismus nur durch eigenes erneutes Wachstum aus dem Wege gehen. Da er damit aber seine optimale Größe überschreitet, sind die vorher positiven Wachstumsschritte immer mehr mit negativen Folgen behaftet. Der Versuch, den Schwierigkeiten innerhalb des eigenen Organismus auf diese Weise auszuweichen, führt also ebenfalls zum Kollaps.

Dies alles gilt genauso für das Wachstum eines wirtschaftlichen Organismus.

Ein gesunder und natürlicher Wirtschaftsorganismus, der von den Bedürfnissen der Menschen bestimmt und von den Gegebenheiten seiner Umwelt begrenzt wird, neigt ebenfalls dazu, sich auf eine optimale Größe hin zu stabilisieren. Dabei ist diese Stabilisierung des Mengenwachstums keinesfalls gleichbedeutend mit einem Stillstand des Wachstums überhaupt. Vielmehr geht das quantitative Wachstum – wie z.B. bei einem ausgewachsenen Menschen – in ein qualitatives über. Mit jedem Neueinsatz des vorhandenen Kapitals können neue Innovationen sowohl zu einem Mehr an Freizeit und Freiheit führen (Entlastung des Menschen) wie auch zu ressourcenschonenden Produktionsmethoden (Entlastung der Umwelt).

Selbst eine Steigerung der materiellen Versorgung ist bei stagnierender oder rückläufiger Wirtschaftsleistung möglich, da der Versorgungsgrad ja nicht nur über die *Menge* der produzierten Güter, sondern auch über eine Anhebung der *Lebens- und Nutzungsdauer* derselben angehoben werden kann.

Nur der letztgenannte Weg dient im übrigen dem Menschen, sowohl in seiner Rolle als Leistender wie

als Benutzer aller Güter. Der Weg über eine ständige Steigerung der Quantität anstatt der Qualität dient allein dem Kapital, vor allem wenn diese Steigerung über überflüssige Güter, bewußt eingeplante modische oder technische Kurzlebigkeit oder über zukunftsgefährdende Großtechnologien verwirklicht wird.

4.4.1 Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik

In Darstellung 9 (S. 20) ist, angelehnt an die Entwicklung des realen Bruttosozialproduktes, der Anstieg der wirtschaftlichen Gesamtleistung einmal in schematischen „Wachstumsschüben“ eingezeichnet.

Der erste Wachstumsschub, mit einer hohen Anfangsbeschleunigung, war die Folge der Kriegszerstörung und der kriegsbedingten Knappheit an allen Gütern. Er resultierte aus natürlichen Bedürfnissen der Menschen und zielte auf deren Deckung ab.

Etwa Anfang der sechziger Jahre hätte diese zunehmende Bedarfsdeckung zu einer Abflachung und schließlich Stabilisierung der Wachstumsentwicklung führen müssen, wobei weitergehende Bedürfnisse, auch nach neuen technischen Innovationen, durch die freierwerdenden Kapital- und Arbeitskapazitäten aus den gedeckten und gesättigten Bereichen zu befriedigen gewesen wären. Stattdessen aber wurde immer wieder versucht, die bisherigen Zuwachsraten der Leistung auch über die Bedarfsdeckung hinaus weiter beizubehalten. Dies wurde zuerst mit einer Weckung ständig neuer größerer Bedürfnisse erreicht, wobei die dazu eingesetzte ständig raffiniertere und umfangreichere Werbung selbst zu einer „Wachstumsbranche“ mit immer größerem Kapitaleinsatz wurde.

Die Ausweitung des Exportes, die Produktion von Ramsch- und Wegwerfprodukten („ex und hopp“) und eine zunehmende staatliche Einmischung in das Marktgeschehen ermöglichten einen nochmaligen Wachstumsschub. Der Staat fühlte sich zu dieser Markteinmischung nicht zuletzt wegen eines Gesetzes verpflichtet, das 1967, als man das Nachlassen des natürlichen Wachstums immer deutlicher merkte, „zur Förderung des Wachstums und der Stabilität der Wirtschaft“ erlassen wurde. Dabei war den politisch Verantwortlichen gar nicht bewußt geworden, daß dieses Gesetz bereits von der Formulierung her unhaltbar war, da Stabilität und ständiges Wachstum unvereinbar sind, ja, letzteres auf Dauer jede Wirtschaft in die Instabilität und schließlich in den Kollaps führen muß.

Der vierte und vorläufig letzte Wachstumsschub wurde vor allem durch immer größere Milliardeninvestitionen des Staates mitbeeinflußt, mit denen

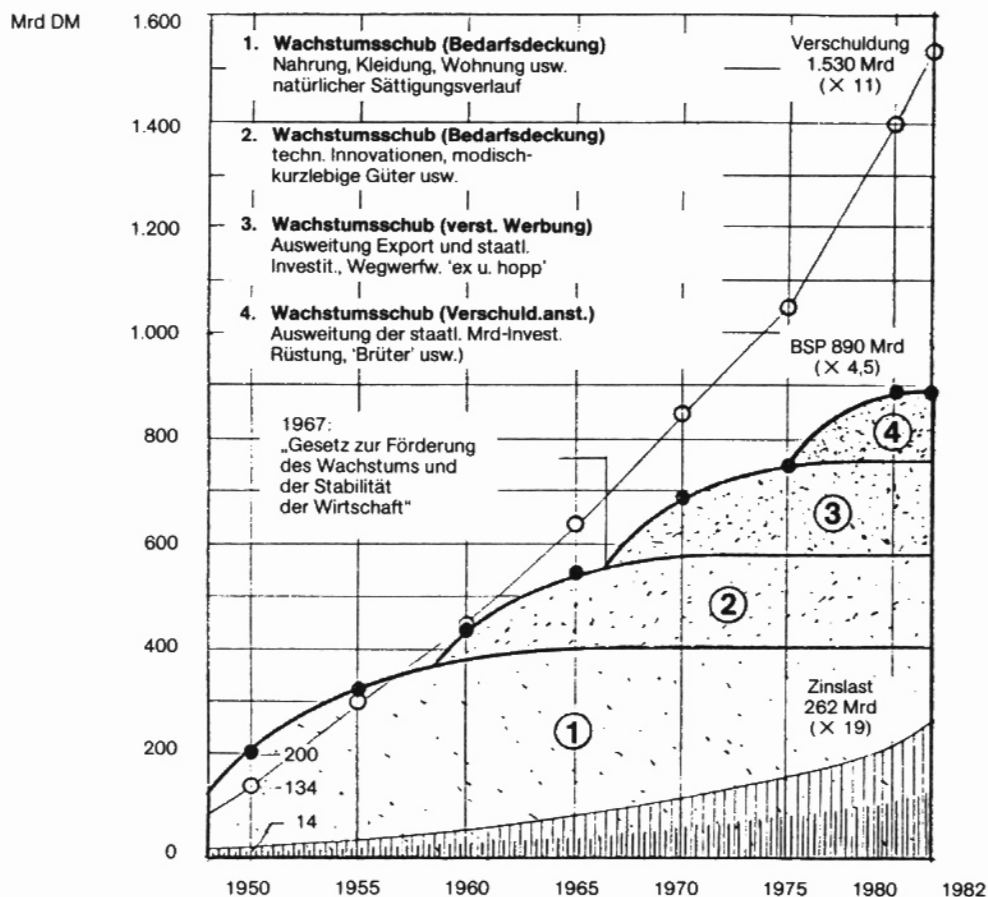
**Darstellung 9: Schematische Darstellung der Wachstumsschübe in der Bundesrepublik 1950–1982
angelehnt an das reale Wirtschaftswachstum, mit Verschuldung und Zinslast**

● Reales BSP (in Preisen von 1970)

○ Verschuldung bzw. Geldkapital



Bruttozinslast
(Zweifaches der Geld-
kapitalverzinsung
als ca.-Wert)



**Zahlentabelle
in Prozent v. 1970**

BSP (Mrd DM) :	200	313	430	545	679	752	897	888
Verschuldung :	134	300	430	638	848	1.053	1.399	1.527
Zinslast Geldkapital	7	16	25	40	56	75	107	131

zumeist technologisch und wirtschaftlich fragwürdige Entwicklungen vorangetrieben wurden, die immer weniger den Bedürfnissen und Interessen der Menschen (die sie produzieren und bezahlen mußten) als denen des Kapitals entsprachen.

4.4.2 Was sind die Gründe dieses überzogenen Wachstums?

Daß natürliche Wachstumsabläufe zur Sättigung und zur Stabilisierung hindertendieren, haben wir bereits dargelegt. Diese optimale, sich selbst einspielende Größenordnung hätte etwa bei der Leistung der sechziger Jahre gelegen. Warum es u.a. nicht zu dieser Stabilisierung kam bzw. kommen konnte, wird ebenfalls aus Darst. 9 ersichtlich, wenn wir die dort eingetragene Realentwicklung der Verschuldung (die praktisch mit der Geldkapitalentwicklung identisch ist) mit der Realentwicklung des Bruttosozialproduktes vergleichen.

Während die reale Leistung der Volkswirtschaft von 1950 bis 1982 auf das 4,5-fache anstieg, kletterte die Verschuldung und damit das Geldkapital fast auf das 11,5-fache. Noch stärker ist die Zinslast aus dem Geldkapitaleinsatz angestiegen, nämlich auf das 19-fache, bedingt vor allem durch die Anhebung der Zinssätze seit 1972, die ihrerseits wiederum ein beschleunigtes Wachstum des Geldkapitals bewirkten.

Da alles neue Kapital nach zusätzlichen zinsbringenden Anlagen sucht, entstand durch dieses Überwachstum des Geldkapitals ein ständiger und ständig zunehmender Wachstumsdruck, der ohne Rücksicht auf die Interessen von Natur und Mensch, zunehmend mit Hilfe der Regierungen, auch durchgesetzt wurde. Dieses Wachstum der volkswirtschaftlichen Leistungen war vor allem auch erforderlich, um die ständig ansteigenden Zinsforderungen des Kapitals an den „Leistungskuchen“ zu befriedigen, da sich ohne dessen Vergrößerung das Einkommen der Arbeitleistenden mehr und mehr verringert hätte. Da aber auf die Dauer das Wirtschaftswachstum mit dem des Kapitals und seiner Zinsansprüche nicht mithalten konnte, wurde der relative Zugewinn der Arbeit-Leistenden schließlich dennoch geringer und nahm in den letzten Jahren sogar real ab.

Könnte man die Umweltfolgen des Wirtschaftswachstums in Zahlen erfassen und in die Darstellung eintragen, dann würde diese Kurve noch viel steiler nach oben schießen als die der Geldkapital- bzw. Verschuldungsentwicklung. Sie würde deutlich machen, in welchem Umfang das ursprünglich positive Wirtschaftswachstum der fünfziger Jahre im Laufe der sechziger Jahre in ein immer negatives umzukippen begann.

Die Diskrepanz der Kapital- und Leistungsentwicklung und die zunehmende Belastung der Arbeit

durch die zinsbedingten Kapitalansprüche wird auch aus Darstellung 10 (S. 22) ersichtlich.

Die in Preisen von 1970 wiedergegebene Realentwicklung läßt vor allem erkennen, in welchem Umfang diese bei den einzelnen Größen auseinanderdriftet.

Während die Leistung unserer Volkswirtschaft von 1950 bis 1982 auf etwa das 4,5-fache angestiegen ist, vergrößerte sich die gesamte Zinslast in der gleichen Zeit auf rund das 9-fache und damit der Kapitalanspruch an die Leistung von 13 auf 26%, also auf genau das Doppelte.

Gerade aus der Überproportionalen Verschuldungsentwicklung und der daraus resultierenden „harten“ Zinslast (auf die Sachkapitalverzinsung kann in Flautezeiten von den Unternehmern notfalls verzichtet werden) resultieren vorrangig die Schwierigkeiten und Probleme unserer Tage.

4.5 Probleme der Verschuldung und Verschuldungszunahme

Wenn ein Bus in den Straßengraben gerät, wird man im Normalfall Unaufmerksamkeit des Fahrers vermuten. Gerät er aber immer wieder in den Graben, auch wenn man den Fahrer austauscht, die Fahrbahnseite, Strecke oder Richtung wechselt, wird jeder nachdenkliche Beobachter einen technischen Fehler in der Steuerung vermuten.

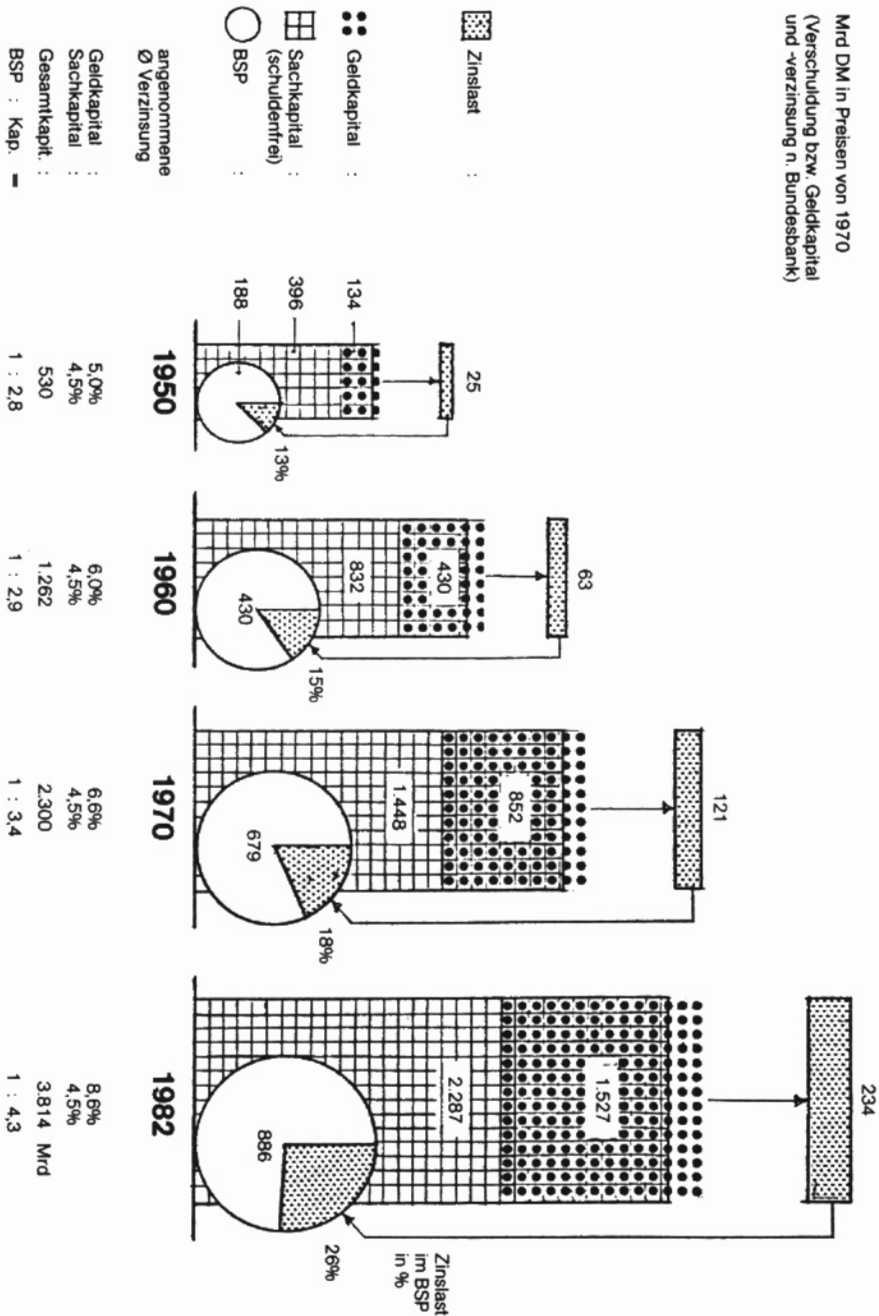
Die volkswirtschaftlichen „Busse“ geraten derzeit zunehmend und gleich reihenweise an den Grabenrand und manche sind dem Absturz in den Abgrund schon bedenklich nahe. Wären nur bestimmte Länder oder Volkswirtschaften betroffen, z.B. solche mit kapitalistischer oder sozialistischer Wirtschaftsordnung, Industrienationen oder Entwicklungsländer, Demokratien oder Diktaturen, dann wären die Ursachen sicher leichter einzukreisen. Ein Blick auf den Globus und die Liste der betroffenen Länder zeigt jedoch, daß die Gefährdungen, ganz unabhängig von der politischen Couleur oder den volkswirtschaftlichen Rezepten, überall zunehmen und auch ein häufiger Wechsel der Regierenden oder der volkswirtschaftlichen Grundkonzepte keine nachhaltigen Besserungen erbringt.

Betrachtet man die einzelnen Länder genauer, vor allem jene, die dem „Abgrund“ schon bedenklich nahe sind, dann zeigt sich praktisch überall, daß der Gefährdungsgrad mehr oder weniger deutlich mit dem Verschuldungsgrad der Volkswirtschaften identisch ist.

Nun ist Schuldenmachen an sich im Normalfall überhaupt kein Gefährdungsgrund, da man ja mit Hilfe der Kredite im allgemeinen Leistungen erzeugt, aus deren Erträgen sich die Schulden wieder leicht zurückzahlen lassen.

Darstellung 10: Entwicklung von Kapital, BSP und Zinslast in der Bundesrepublik von 1950 bis 1982

Mrd DM in Preisen von 1970
(Verschuldung bzw. Geldkapital
und -verzinsung n. Bundesbank)



Sind diese Schulden aber mit einer zusätzlich aufzubringenden Belastung verbunden, dann zehrt ab einer gewissen Verschuldungshöhe diese zusätzliche Belastung alle Vorteile auf, die man mit der Kreditaufnahme eigentlich erreichen wollte. Beschleunigt wird dieses Umkippen ins Negative, wenn zusätzlich auch noch die Quote der Belastung angehoben wird, konkret also der Zins. Zahlt man diese Zinsbelastung schließlich noch mit neuen aufgenommenen Krediten, dann muß man immer größere eigene Leistungen ohne Gegenleistung an die Kreditgeber verschenken und die Schlinge um den eigenen Hals zieht sich immer rascher zu. Dies gilt für Länder ebenso – selbst für die wohlhabendsten und leistungsfähigsten – wie für jeden Privatmann oder jedes Unternehmen.

4.5.1 Verschuldung der Entwicklungsländer

Wenn ein Kaufmann an der Ecke einigen Kunden Kredite in begrenztem Umfang einräumt, dann wird das kaum zu größeren Problemen führen.

Wenn ein Kaufmann aber einem ständig zunehmenden Kundenkreis immer größere Kredite gewährt und schließlich auch die immer höheren Zins- und Tilgungsraten durch zusätzliche Kredite selber finanziert, dann ist die Zahlungsunfähigkeit der Kunden (und möglicherweise auch der anschließende Bankrott des Kaufmanns) nur noch eine Frage der Zeit.

Genau nach diesem Muster aber hat sich in den letzten Jahren der Handel in der Welt wie innerhalb der Volkswirtschaften entwickelt.

Unabhängig von ihrer jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Couleur geraten darum in allen Erdteilen immer mehr Länder an den Rand des Staatsbankrotts oder haben ihn bereits überschritten.

Von den Folgen der Verschuldung und vor allem der erhöhten Zinsbelastungen der letzten Jahre sind in einem ganz besonders starken Maße die Entwicklungsländer betroffen, aber auch zahlreiche sogenannte „Schwellenländer“ wie Brasilien, Argentinien und Mexiko oder einige Ostblockstaaten. In zunehmendem Umfang werden diese Länder nur noch durch Umschuldungen und neue höhere Kredite vor dem Staatsbankrott bewahrt. Dies geschieht auch mit der Absicht, den Zusammenbruch der ungesicherten Kreditpyramide zu vermeiden, besser: ihn noch eine Weile vor sich hin zu schieben.

Da auch die Industrienationen durch Verschuldungsfolgen und Absatzrückgänge geschwächt werden und damit die Nachfrage nach Rohstoffen zurückgeht, eskaliert die Problematik in den Entwicklungsländern, selbst in denjenigen, die als rohstoffreich bezeichnet werden können.

Die gesamte Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer ist in den letzten zehn Jahren auf das Fünf- bis Sechsfache gestiegen und dürfte derzeit bei fast 700 Mrd Dollar liegen. Dabei nimmt der Anteil der hochverzinsten kurzfristigen Schulden, die besonders strangulierend wirken, ständig zu. In Lateinamerika liegt der Anteil dieser Schulden bereits bei zwei Drittel der Gesamtkredite.

Die Zinslasten der Entwicklungsländer sind noch schneller als die Schulden angestiegen, bedingt vor allem durch die Zunahme des Anteils der privaten Bankkredite, die oft mit Zinsen zwischen 12 und 18% zu bedienen sind. Die gesamte Zinslast ist inzwischen mit etwa 70 Milliarden Dollar jährlich und ca 190 Mio täglich anzusetzen. *Damit schenken die Entwicklungsländer den reichen Industrienationen eine zwei- bis dreimal höhere „Entwicklungshilfe“ wie sie von diesen selbst erhalten.*

Da außerdem die reicheren Nationen beim Tausch auf dem Weltmarkt von überhöhten Lohnanteilen profitieren, muß das Nord-Süd-Gefälle zwangsläufig zunehmen, in den letzten Jahren noch bechleunigt durch den angestiegenen Zinstransfer.

Es zeigt sich also, daß der erhöhte Geldkapital-Einsatz nicht nur innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften die Unterschiede zwischen Arm und Reich vergrößert, sondern auch zwischen denselben. Im gleichen Maße wie dadurch die sozialen Spannungen in den Ländern zunehmen, vergrößern sich auch die politischen zwischen ihnen, vor allem wenn man den wirtschaftlichen Problemen durch Ausweitung der Rüstung und den sozialen durch Aufbau von Feindbildern auszuweichen sucht.

In welchem Maße dabei auch Länder von der Zinsbelastung getroffen werden können, deren Verschuldungsanteil im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt noch relativ gering ist, zeigt das Beispiel Polen, das im Westen mit etwa 26 Mrd Dollar verschuldet ist.

Für diese Schuld von 26 Mrd Dollar hat Polen monatlich etwa 200 Mio Dollar Zinsen aufzubringen, was jeden polnischen Erwerbstätigen mit rund 14 Dollar trifft. Bei einem offiziellen Wechselkurs von 1 : 100 (der inoffizielle liegt drei- bis viermal höher), sind das 1.400 Zloty und damit rund ein Siebtel des durchschnittlichen Monatseinkommens eines polnischen Arbeitnehmers.

Jeder siebte Zloty, den ein polnischer Beschäftigter erarbeitet, fließt also ohne Gegenleistung an den sowieso schon reichen Westen. Man kann sich vorstellen, in welchem Umfang dann erst die Entwicklungsländer ausbluten müssen, die im Verhältnis zu ihrer volkswirtschaftlichen Leistung meist viel höher verschuldet sind.

Obwohl die Bundesrepublik zu den Ländern gehört, die von den Schulden der armen Länder profitieren, nehmen auch bei uns die innerwirtschaftlichen

Probleme besorgniserregend zu. Dabei kann die binnenwirtschaftliche Verschuldungshöhe, wie die Inflation und Arbeitslosigkeit, im Vergleich zu vielen anderen Ländern noch als gering bezeichnet werden.

4.5.2 Verschuldungsentwicklung in der Bundesrepublik

Wie man aus den Darstellungen 9 und 10 ersehen konnte, ist die Gesamtverschuldung unserer Volkswirtschaft bedeutend schneller als die Leistung angestiegen.

Während die Schuldensumme 1950 noch bei 67% der Jahresleistung lag, hatte sie im Jahre 1982 die Leistung um fast 3/4 überschritten. Noch schneller ist die Zinslast aus der Verschuldung angewachsen, vor allem als Folge der beiden letzten Hochzinsphasen.

Wachsen aber in einer Volkswirtschaft Kapital und Kapitalanspruch rascher als die Leistung an, dann führt das zwangsläufig zuerst zu einem relativen und dann zu einem absoluten Rückgang der Einkommen aus Arbeit und damit zu einer zunehmenden Diskrepanz zwischen Arm und Reich. Der Versuch, dieser bedrohlichen Entwicklung durch erneutes Wirtschaftswachstum auszuweichen, kann allenfalls vorübergehende und partielle Erfolge haben. Diese aber werden durch die damit verbundenen ansteigenden Umweltprobleme und Folgekosten mehr als aufgezehrt.

Wie die Darstellung 11 (S. 25) zeigt, ist bei uns besonders bedrohlich die Verschuldung des Staates bzw. des Bundes angewachsen, der, anstatt die Ursachen der gefährlichen Entwicklungen einzuschränken oder zu unterbinden, lediglich die Symptome bekämpft, und das ausgerechnet noch mit jenem Mittel der Verschuldung, das u.a. zu ihnen führte.

Die Gesamtverschuldung des Staates, einschl. Bahn und Post, lag Ende 1982 bei rund 700 Mrd DM und damit weit über der Summe aller Nettolöhne und -gehälter, die im gleichen Jahr bei 534 Mrd lagen. Die gesamte Zinslast aus dieser Verschuldung lag 1982 bei 60 Mrd, monatlich bei 5 Mrd und täglich bei 164 Mio. Tagtäglich fließen also auch heute mind. 164 Millionen – der Gegenwart von 500 Einfamilienhäusern – aus den öffentlichen Kassen in die Taschen der Geldkapitalbesitzer, ohne daß wir dafür irgendeine Gegenleistung erhalten. Bezahlt wird dieses Millionengeschenk aus erarbeiteten Steuermitteln oder – was noch schlimmer – aus erneut aufgenommenen Krediten, wodurch gleichzeitig auch noch die Beibehaltung der „mörderischen Hochzinspolitik“ (Willy BRANDT) garantiert wird.

Welche Größenordnung diese öffentliche Zinsbelastung darstellt, wird deutlich, wenn man sie auf

Pro-Kopf-Einheiten umrechnet: sie trifft z.B. jeden Arbeitleistenden mit 2.400 Mark im Jahr und sie würde ausreichen, um für alle Jugendlichen bis zu ihrem 15. Lebensjahr ein monatliches Kinder- oder Erziehungsgeld von 500 DM zu zahlen!

5 Änderung der Geldordnung

Alles wirtschaftliche Geschehen wird durch menschliche Entscheidungen und Handlungen bewirkt. Auch die Regeln und Gesetzmäßigkeiten, nach denen wirtschaftliches Geschehen abläuft, sind von Menschen geschaffen bzw. können von ihnen beeinflußt oder abgeändert werden, zumindest wenn man sie als fehlerhaft erkennt.

Dies gilt auch für den Zins in unserer Geldverfassung, ganz gleich ob er sich zufällig oder gewollt entwickelt hat und wie lange er bereits als „Regelmechanismus“ besteht.

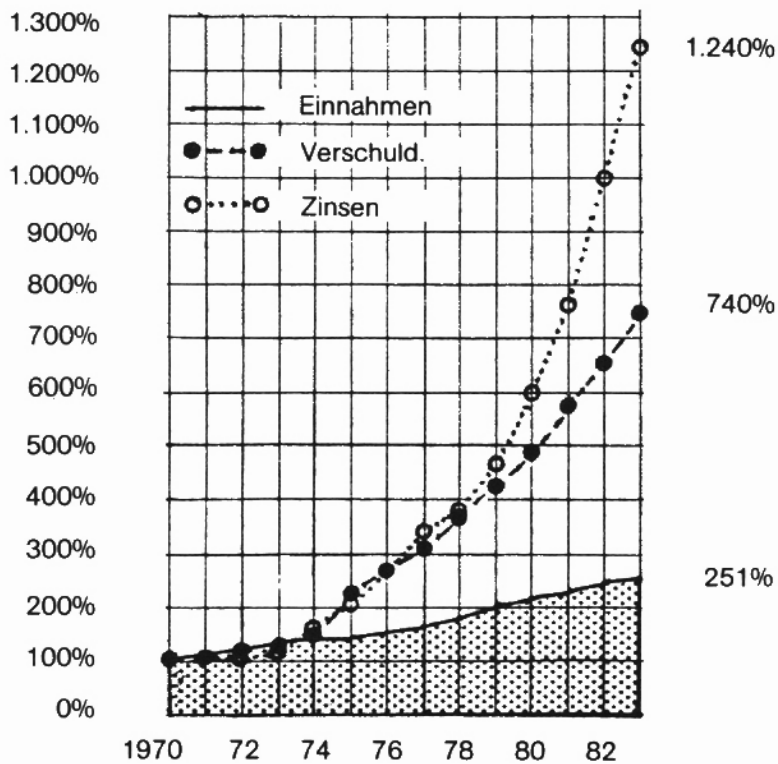
Daß der Zins in der Wirtschaft eine wichtige Aufgabe erfüllt, ist wohl unbestritten. Er sorgt – wie allgemein bekannt – dafür, daß das Geld dort investiert wird, wo sein Einsatz volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Daß er in seiner bestehenden Form diese Aufgabe nur ungenügend erfüllt und höchst fatale Nebenwirkungen hat, sollte hinreichend deutlich geworden sein.

Deshalb muß man fragen, warum denn der (Hoch-) Zins nicht gesenkt wird, wenn er solche schlimmen Folgen hat, die Volkswirtschaften belastet, ja förmlich in den Abgrund treibt. An den Zins jedoch haben wir uns offensichtlich so gewöhnt, daß trotz solcher Nebenwirkungen niemand diese Einrichtung ernsthaft in Frage stellt. Wir nehmen ihn wie ein Naturereignis hin, auf das wir keinen Einfluß haben, betrachten ihn als etwas Unabänderliches wie früher mal die Sklaverei oder die Leibeigenschaft oder heute weitgehend noch die Rüstung und den Krieg, wobei wir auch nicht annähernd erkennen, in welchem Maße gerade diese letztgenannten Erscheinungen mit Geldordnung und Zins zusammenhängen.

Und wie vor gut zehn Jahren Energiefachleute Bedenken gegen die Atomtechnik mit dem Hinweis zu entkräften suchten, daß ohne sie „die Lichter ausgehen“ würden, so kann man heute von manchen Wirtschaftsfachleuten hören, daß „ohne Zins die Volkswirtschaften nicht funktionieren und zusammenbrechen“ würden.

Daß sie gerade mit und durch den andauernd positiven Zins nicht richtig funktionieren, ja förmlich in den Zusammenbruch getrieben werden, scheint den Vertretern dieser Auffassung (noch) nicht vermittelbar zu sein. Unkonventionelles Denken muß jedoch nach Möglichkeiten einer durchgreifenden Senkung des Zinses und der Überwindung seiner fatalen Nebenwirkungen Ausschau halten.

Darstellung 11: Prozentuale Entwicklung der Bundeseinnahmen, -schulden und Zinslasten von 1970 bis 1983 (1970 = 100%)



Quelle: Bundesbank

5.1 Geld und Geldmengenvermehrung

Wenn der Zins, also der Knappheitspreis des Geldes, gesenkt werden soll, so liegt es nahe, die Knappheit des Geldes aufzuheben. D.h. die Menge des in einer Volkswirtschaft umlaufenden Geldes muß gerade so bemessen sein, daß Geld weder im Übermaß vorhanden noch knapp ist, sondern in gerade genügender Menge umläuft. Würden so die vom Sozialprodukt ausgehende Geldnachfrage und das von der Zentralbank in Verkehr gegebene Geldangebot miteinander in Übereinstimmung gebracht, käme – einen Verzicht auf administrative und manipulative Beeinflussungen des Zinses vorausgesetzt – ein Prozeß der allmählichen Zinssenkung in Gang.

Die tatsächliche Entwicklung der Beziehung zwischen Geldnachfrage und Geldangebot verlief in der Vergangenheit jedoch ganz anders als es nach dieser Überlegung wünschenswert und notwendig gewesen wäre.

Trotz Stagnation der wirtschaftlichen Leistung wurde die Menge des „Zentralbankgeldes“, also die Menge des Bargeldes plus Mindestreserven, bei uns ständig erhöht, meist deutlich über den realen Leistungszuwachs hinaus. Während der Anstieg 1981 noch bei 3,1% lag, betrug er 1982 bereits 5,8% und allein im ersten Halbjahr 1983 4,5%. Entscheidend für den Geldmengenauftrieb in den letzten ein- bis eineinhalb Jahren war die Vermehrung des Bargeldes, das gut die Hälfte des Zentralbankgeldes ausmacht.

Eine vergrößerte Geldmenge müßte im Normalfall auf dem Markt zu erhöhter Nachfrage führen, also zur Räumung der Lager, Belegung der Produktion und Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Zinsen. Dies alles ist aber – wie wir wissen – nicht eingetreten. Demnach bleibt als Erklärung nur übrig, daß dieses Mehr an Bargeld gehortet wird*, in Schatullen und Schließfächern, im In- und Ausland, als Fluchtgeld oder zu Zwecken der Spekulation und Steuerhinterziehung. Daß eine Zunahme der Hortung der Grund der verstärkten Bargeldnachfrage und -produktion sein muß, läßt auch die Darstellung 12 (S. 27) erkennen, die eine ganz bestimmte Geldmengenentwicklung zeigt: Die überzogene Bargeldvermehrung von 91,6 Mrd DM Anfang 1982 auf rund 100 Mrd DM Mitte 1983 wurde nämlich fast ausschließlich durch eine Vermehrung der „großen Scheine“ ausgelöst, vor allem der 500 DM- und 1000 DM-Noten.

Diese „Riesen“ werden aber als Barzahlungsmittel ohnehin kaum benutzt, allenfalls im Rauschgift- und Waffenhandel und für ähnliche mehr oder minder

illegale Geschäfte. Da sich der Geschäftsverkehr in diesen Bereichen kaum um 14 bis 33% erhöht haben dürfte und – wie schon festgestellt – die allgemeine Marktnachfrage nicht wesentlich verändert ist, verbleibt nur der Schluß auf eine erhöhte Bargeldhortung.

Es ist also falsch, wenn die Bundesbank bei der Ausweitung der Bargeldmenge von „erhöhtem Bargeldumlauf“ spricht. *Die Bundesbank – und das ist eines der Hauptprobleme unserer Währungsordnung – kann allenfalls die Menge des ausgegebenen Geldes bestimmen und kontrollieren, nicht aber die des umlaufenden Geldes, das allein für das Marktgeschehen von Belang ist.*

Je mehr Noten dem Umlauf entzogen werden, umso mehr muß die Bundesbank nachdrucken, um Störungen des Geldverkehrs und der Wirtschaft zu vermeiden. Solange das gehortete Geld in den Schatullen verbleibt, solange hat es auf die Geldkaufkraft keine Auswirkung. Lediglich die allgemeine Konjunktur wird negativ beeinflußt, weil reale Kaufkraft stillgelegt und damit dem Markt entzogen ist.

Kommt jedoch das stillgelegte Geld wieder auf den Markt zurück, dann steht dem gegebenen Angebot plötzlich eine deutlich höhere Nachfrage gegenüber, die zu Engpässen und Störungen und vor allem zu einem Kaufkraftabfall des gesamten Geldes führen muß.

Die Darstellung 12 und die vorstehenden Erläuterungen machen deutlich, daß in unsere Geldverfassung eine wirksame Geldumlaufsicherung eingebaut werden muß, wenn zunehmende Störungen im Bereich der Währung und der Wirtschaft vermieden werden sollen und wenn vor allem Geldangebot und -nachfrage in Übereinstimmung gebracht und damit der Zins zum Absinken veranlaßt werden sollen.

5.2 Umlaufsicherung des Geldes

Wenn jemand für 3.000 Mark Leistungen in die Wirtschaft einbringt, aber vorerst nur für 2.000 Mark daraus entnimmt, bleiben Leistungen für 1.000 Mark ungefragt. Nachfrageausfall führt zu Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit.

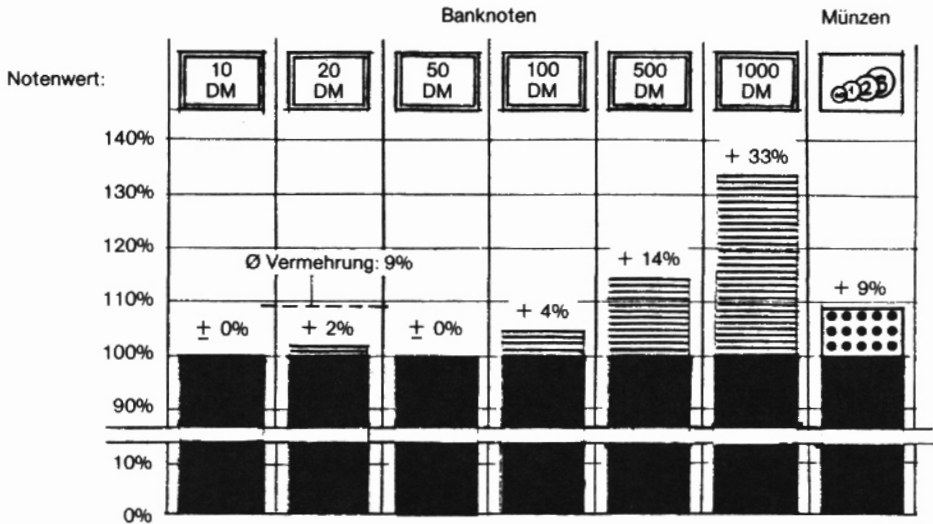
Entnimmt jemand weniger als er einbringt, ist es in seinem und aller Interesse, wenn über Bankanlage und Bankkredit ein anderer stellvertretend für die Markträumung sorgt. Aus diesen Gründen ist ein stetiger und gleichmäßiger Geldkreislauf für den wirtschaftlichen Organismus von ähnlicher Bedeutung wie der Blutkreislauf für jeden natürlichen Organismus.

Um das Geld im gleichmäßigen Kreislauf zu halten, bedarf es Mechanismen zur Sicherung seines Umlaufs. Diese Aufgabe der Umlaufsicherung wird

* Vgl. hierzu auch J. Chr. WILKEN, Die Geldhortung als Störfaktor der Stabilitätspolitik, in: Zeitschrift für Sozialökonomie – mtg 20 Jg (1983), 59 Folge, S. 24–28

Darstellung 12: Vermehrung des Bargeldes in der Bundesrepublik von Anfang 82 bis Mitte 83

Ausgangsmenge Anfang 1982 = 100%



Bestand Mitte 83

Notenzahl in Mio Stück :	270	215	226	462	21	16	
Bestandwert in Mrd DM :	2,7	4,3	11,3	46,2	10,7	16,1	8,5

Bestand je Haushalt

Notenzahl in Stück :	12	10	10	21	1	0,7	
Bargeldwert in DM :	120	200	500	2.100	500	700	370

Gesamter Bestandwert in der Bundesrepublik : ca. 100 Mrd DM

Gesamter Bestandwert je Haushalt : ca. 4.490 DM

Darstellung 13: Umlaufgesichertes Geld / Seriengeld



heute von dem Zins (als Zuckerbrot) und von der Inflation (als Peitsche) übernommen. Beide Mittel wirken nur bedingt, erzeugen Ungerechtigkeit und Wirtschaftsstörungen; sie sind darum als destruktive Umlaufsicherungen einzustufen. Aus mathematischen Gründen muß außerdem der Zins in seiner bisherigen Form auf Dauer jede Wirtschaft ruinieren, vor allem, wenn das Wirtschaftswachstum gegenüber dem des Kapitals zurückfällt.

Die heutigen destruktiven Umlaufsicherungen sind also durch konstruktive zu ersetzen. Dies wäre z.B. durch eine Geldrückhaltegebühr möglich, die auf folgende Weise zum Einsatz kommen könnte (vgl. die Darstellung 13):

Alle Banknotensorten werden in jeweils drei Serien in Verkehr gegeben und mit entsprechenden gut sichtbaren (und evtl. verschiedenfarbigen) Kennbuchstaben versehen. Einige Male im Jahr werden einzelne Banknotensorten und einzelne ihrer Serien durch Auslosung ermittelt und zum Umtausch aufgerufen, wobei eine besondere Gebühr in Höhe von z.B. 5% des Nennwertes der betroffenen Scheine als Abschlag einbehalten wird.





Die Verlosung könnte auch ähnlich wie die bei Lotto und Toto vonstatten gehen und die Häufigkeit der Trefferrate durch entsprechende Blindkugelnzahlen beeinflußt werden.

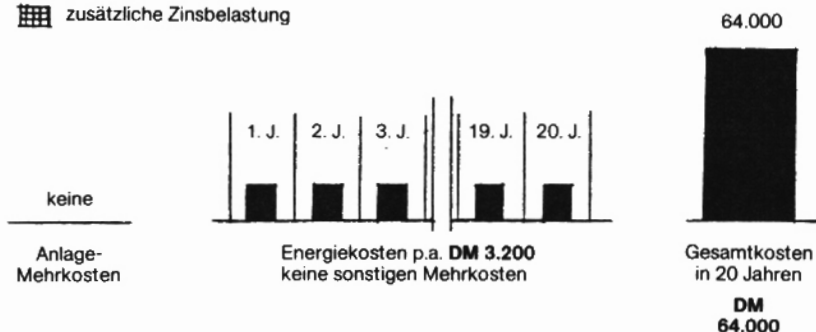
Um dieser möglicherweise anfallenden Geldrückhaltegebühr auszuweichen oder sie zumindest auf ein unumgängliches Minimum zu begrenzen, wird jedermann nur soviel Bargeld solange in Besitz behalten, wie dies für ihn aus praktischen Gründen erforderlich ist. Die nicht benötigten Einkommensanteile oder sonstwie erhaltenen Geldbeträge wird man als Ersparnis an die Banken geben, die ihrerseits dieses Geld auf dem Kreditwege weiterleiten. Damit bliebe alles Geld kontinuierlich in Umlauf und könnte somit mengenmäßig exakt an den Umfang des Sozialproduktes, d.h. an die Erfordernisse des Marktes angepaßt werden. Ein gleichmäßiger Konjunkturverlauf und die Stabilität der Währung wären damit gesichert.

Da außerdem die Banken nun ihre Geldeinlagen zu einem wesentlich geringeren und unter Umständen sogar gegen Null sinkenden Zins erhalten werden (zumindest bei entsprechend hoher Geldrückhalte-

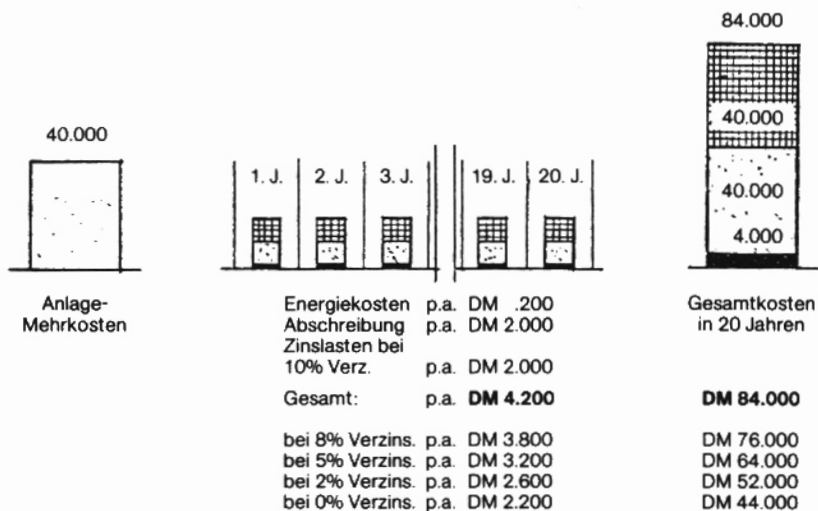
Darstellung 14: Behinderung umweltschützender Investitionen durch das Zinssystem am Beispiel verschieden beheizter Wohnhäuser / Vergleichszeit 20 Jahre

A. Konventionelle Beheizung (Öl, Gas o.ä. / fiktive Zahlen)

-  Energiekosten
-  zus. Abschreibung f. Mehrkosten
-  zusätzliches Kapital
-  zusätzliche Zinsbelastung



B. Alternative Beheizung mit Solaranlage und Wärmepumpe



gebühr), können sie dieselben in der Regel auch zu einem im Vergleich zu heute sehr viel niedrigeren Zins oder gar ohne denselben weitergeben, lediglich belastet mit dem sachbezogenen Bank- und Risikoaufschlag. Unter solchen Umständen können auch mit Geld getätigte Investitionen in der Volkswirtschaft – also Produktionsanlagen, Wohnungen usw. – keine nennenswerte Zinsbelohnung mehr erzwingen.

Ein gleichmäßiger Geldumlauf und ein Abbau der destruktiven heutigen „Umlaufsicherer“ Zins und Inflation mit allen ihren fatalen Folgen würden also mit einer relativ geringfügigen Änderung in der Technik unserer Geldordnung zu erreichen sein.

5.3 Leihen und Verleihen in der nachkapitalistischen Wirtschaft

Die vorbeschriebene Änderung der Geldordnung hätte also weitreichende Auswirkungen auf das Geschehen und die Entwicklungen in der Wirtschaft.

Wenn sichergestellt ist, daß alles in Verkehr gegebene Geld auch tatsächlich nachfragewirksam umläuft und nicht aus Gründen der Spekulation, Steuerhinterziehung und dergleichen zeitweise stillgelegt wird, besteht die Möglichkeit, das Geldangebot fortlaufend auf die Geldnachfrage und damit die Notwendigkeiten des Marktes abzustimmen. Da damit die heute krisenauslösende Verknappung des Geldes wegfällt, entfallen auch die Folgen dieser marktstörenden Verhaltensweisen. Aufgrund der nicht mehr möglichen Verknappung und der eintretenden Sättigung der realen Kapitalien fällt der Zins tendenziell gegen Null.

Damit wird eine zentrale Ursache aller jener Negativentwicklungen allmählich überwunden, die in Abschnitt 4 im einzelnen beschrieben wurden.

Beim Leihen und Verleihen steht unter solchen Umständen nicht mehr der Zins im Vordergrund, sondern der beiderseitige Vorteil von Leiher und Verleiher, von Sparer und Investor, wie er in den Abschnitten 1 und 2 dargelegt wurde.

Während heutzutage mancher nur wegen der Zinsgewinne spart, wird er zukünftig vorrangig zweckgebunden sparen, also in dem Maße, in dem er sich selber damit später Wünsche erfüllen will. Die Neukapitalbildung, die heute überwiegend aus Zinseinnahmen resultiert, wird also zukünftig nur noch in dem Umfang erfolgen, in dem Menschen noch Bedürfnisse haben und zu ihrer Erfüllung zu arbeiten bereit sind. Damit läßt der Druck auf ständig größere und immer kontramenschlichere Investitionen nach. Die Wirtschaft paßt sich dem Menschen an und reguliert sich – ausgehend von seinen Wünschen und seiner Arbeitsbereitschaft – sozusagen selber auf natürliche Weise.

Der Investor seinerseits profitiert davon, daß er in erheblichem Umfang von den Kapitalkosten ent-

lastet wird. Damit werden auch solche Investitionen möglich, die heute an der Höhe dieser Kapitalkosten scheitern oder durch dieselben volkswirtschaftlich unrentabel werden. Wie aus der Darstellung 14 (S. 29) ersichtlich ist, trifft dies heute häufig gerade solche Investitionen, die im Interesse unserer Zukunft sinnvoll und notwendig wären.

Dies alles bedeutet aber nicht, daß der Zins verboten oder „abgeschafft“ würde. Wie die Geschichte lehrt, ist mit Verboten gegen den Zins ebensowenig zu bewirken wie mit Gesetzen gegen einen „Schwarzen Markt“. So wie dieser aber von allein verschwindet, wenn man die Fehler im normalen Marktbereich behebt, so wird sich auch der Zins auf Null zu bewegen und um Null pendeln, wenn man die Fehler in der Währungsordnung beseitigt.

Die Funktion des Zinses als Mittel zur dezentralen Lenkung der Kapitalströme in die optimale Investition bleibt dabei durchaus erhalten. Seine Rechtfertigung als unersetzlicher Knappheitsindikator durch die Wirtschaftswissenschaften ist also nicht unbegründet. *Unbegründet ist nur die Ansicht, daß es zur Lenkung der Kapitalströme eines dauernd positiven Zinses in Höhe von mindestens real 3% bedürfe.*

Nicht die Höhe des Zinsniveaus ist für die Erfüllung dieser Funktion ausschlaggebend, sondern allein die Dynamik der Zinsbewegungen. Und diese Dynamik kann sich auch auf einem sehr viel niedrigeren Niveau vollziehen. Wenn der Zins absinkt und dynamisch um Null pendelt, bleibt seine Lenkungsfunktion voll erhalten. Dagegen wird er – und das ist von allergrößter Bedeutung – verteilungsneutral, weil sich seine Abweichungen von Null gegenseitig aufheben.

Während die Umlaufsicherung also die dauernde Bewegung des Geldes an sich gewährleistet (analog dem Blutkreislauf), bestimmen die Schwankungen des Zinses um Null die Bewegungsrichtung.

Eine solche konstruktive Umlaufsicherung des Geldes führt außerdem dazu, daß dem Geld die Überlegenheit gegenüber Arbeit und Ware genommen wird, die es heute, trotz der Überwindung seiner Bindung an das Gold, immer noch besitzt. Ohne die Möglichkeit der Selbstvermehrung durch Zins und Zinseszins wird das Geld zu dem, was es eigentlich allein sein soll und darf: zu einem Diener aller Menschen anstatt zu einem Verdienner für eine Minderheit.

Und von den Zwängen des unorganischen und überproportionalen Kapitalwachstums befreit, kann sich auch die Wirtschaft aus dem Wechselbad zwischen Überkonjunktur und Krise befreien, zum Wohle aller Menschen und der Umwelt, zur Stärkung der Gerechtigkeit und damit des sozialen und gesellschaftlichen Friedens.